

Besprechungen

M a a s, W a l t h e r : *Geographie und Soziologie*. Braunschweig 1958.

Verlag des Geographischen Instituts der Kanthochschule. 288 S.

Die Begriffe eines „Überbaus“ und „Unterbaus“ in der Gesellschaft finden sich auch dort gelegentlich, wo der mit ihnen von Marx gemeinte Sinn durchaus fern liegt. Es braucht keine „materielle“ Determiniertheit mitgedacht zu werden, wenn man danach fragt, ob es eine Art von „Aufbau“ in der gesellschaftlichen Existenz gibt, die ein jeweils „Höheres“ abhängig sein läßt von einer vorgegebenen Existenz eines „Niedereren“. Es ist mit einer solchen Frage auch keine „kausale“ Abhängigkeit gemeint, und ebensowenig ist ein Werturteil zugunsten des „Höheren“ damit verbunden. Dergleichen verschiedene Möglichkeiten können bestehen, es läßt sich über sie aber immer nur erfahrungsmäßig etwas ausmachen.

Wie immer nun im einzelnen und im Gesamtzusammenhang Stufungen und Schichtungen in der Gesellschaft gesehen und gedeutet werden mögen, es kann kein Zweifel sein, daß die letzte „Grundlage“ einer jeden menschlichen Existenz und alles Zusammenlebens die „wohlgegründete, dauernde Erde“ ist. Daran ändern alle Versuche, in den Weltraum vorzudringen, nichts, zumal der Menschheit noch Aufgaben genug gestellt sind, wenn sie daran gehen will, in sinnvoller und zweckmäßiger Weise diese ihre Erde sich so zu gestalten, daß eine einigermaßen zukunftsichere Existenz auf ihr erhofft werden kann. Es ist wohl kaum übertrieben, wenn man angesichts der Aufgabe, die Erde für die Gesamtheit der Menschheit nutzbar und bewohnbar zu machen, sie also wahrhaft zu kultivieren und bewußt als Daseinsgrundlage der Kultur auszugestalten, die gesamte bisherige „Geschichte“, einschließlich der außerordentlichen Leistungen des von Werner Sombart beschriebenen „Modernen Kapitalismus“, nur eine Vorgeschichte ist, bei der überwiegend andere Zwecke vorgeherrscht haben, und in der zwischen Kultivierung und Ausbeutung der Erde, ihrer Schätze und ihrer lebendigen Natur schwer zu unterscheiden ist. Wirklich in den Dienst des Zusammenlebens der Menschen und der Erhaltung und Höherbildung der Gesellschaft ist die gestaltende Macht, die dem Menschen über die Erde gegeben ist, entweder nur in den Ausnahmefällen der großen Kulturen bislang gestellt worden, wobei es in der Regel nur bestimmte Herrenschichten und ihr „Stil“ waren, die den Nutzen davontrugen, oder es wurde im Dienst dringlichster Bedarfe einer sich rapide fortgestaltenden Produktionswirtschaft oder sonstiger Erwerbsinteressen „Raubbau“

getrieben, wobei dann zwar der Existenzraum und die Daseinserhaltung für die sich ungeheuer schnell vermehrende Menschheit erweitert wurden, aber die Erde selbst verwüstet und für die Zukunft größtenteils nicht wieder gutzumachender Schaden angerichtet worden ist.

Zu dem vielen, was sich in diesen Jahrzehnten zum ersten mal in der Geschichte der Menschheit radikal ändert oder neu herausbildet, gehört die Tatsache, daß in weitesten Bereichen und bestimmt von den Aufgaben und Interessen weitgespannter Gesellschaftssysteme planmäßig eine Gesamtgestaltung der Erdkultur vorbereitet und durchgeführt wird. Und es kann dem vorurteilslosen Beobachter kaum verborgen bleiben, in welchem Ausmaß die „weltanschaulich“ sich zunächst anscheinend so fremden umfassendsten Formen der Gesellschaftsauffassung sich einander in der praktischen Arbeit annähern; und selbst konkurrierende politische Gesinnungen und Systeme verlieren schnell an Bedeutung, wenn die alles umfassende und in Wahrheit für das künftige Schicksal der Menschheit entscheidende Aufgabe vor Augen steht: die Erde mit allen ihren größtenteils noch zu entdeckenden Schätzen und Möglichkeiten zu erschließen, um sie als Daseinsraum der gesamten Menschheit zu kultivieren.

Andererseits darf man gegenüber der fortschreitenden Angleichung sowohl der Arbeitsweisen, wie der technischen und wirtschaftlichen „Apparaturen“, und schließlich der Ergebnisse nicht die Verschiedenheit vergessen, die aus der unaufhebbaren Eigenart der im Objekt der Gestaltung, der Erde selbst, gegebenen einzelnen Bereiche entspringt. Sehr viele Besonderheiten mögen verschwinden, die aus der Vorgeschichte des Erdenlebens der Menschheit zu verzeichnen sind. Aber auch in Zukunft wird Europa geographisch, wie in der Gestaltung seines Gesellungslebens und in Wechselbestimmtheit beider anders sein als Indien oder China. Diese Besonderung beginnt mit der verschiedenen Vorgeschichte, die jeweils andere Aufgaben für die künftige Gestaltung stellt, sie drückt sich in den verschiedenartigen Zielen aus, die über die technisierbare Einförmigkeit hinaus auch die Umformung des Landschaftlichen als Kulturaufgabe zur Geltung bringen, und sie läßt im letzten Ergebnis auch dann, wenn viele überkommene Eigenarten kleinerer Lebensbereiche nicht mehr lebendig erhalten bleiben können, für die weiteren Bezirke, in denen die Menschengesellschaft auf der Erde existieren wird, erwarten, daß Amerika als Ganzes genau so seine Eigentümlichkeit bewahrt wie Rußland oder Australien. Damit stellt sich für das wissenschaftliche Denken die Aufgabe, einerseits daran mitzuwirken, daß die auf eine sinnvolle und zweckmäßige Umgestaltung der Erde als eines Ganzen hinielenden Aufgaben so rationell wie schonend als möglich gelöst werden, andererseits aber die Besonderheiten pfleglich erhalten werden, die das gestalthafte Wesen der Kulturen in und auf den einzelnen geographischen Lebenswelten in ihrer Eigenart und in ihren

besonderen Werten wirkungsvoll zum Bewußtsein bringen und dazu beizutragen, daß sie auch in ihrer jeweils eigentümlichen sozialen Wertigkeit nicht vernichtet werden.

In diesen weitesten Rahmen muß die Sammlung von Untersuchungen gestellt werden, die Walther Maas vorgelegt hat und die als die Präludien zu gelten haben für ein von ihm angekündigtes zusammenfassendes Werk. Die Fülle der Aspekte ist außerordentlich vielseitig, und was der Leser an Hinweisen zu den verschiedensten Beziehungen zwischen geographischen Gegebenheiten und sozial-kultureller Wirklichkeit, namentlich auch in historischer Hinsicht, empfängt, erschließt eine Welt, die der Soziologie, wie sie bislang hierzulande vorwiegend betrieben worden ist, weithin neu sein dürfte. Von dieser Soziologie nimmt der Autor allerdings, auch in ihren mehr empirisch gerichteten Bemühungen, weniger Kenntnis, während er in reichstem Maße die vorwiegend in Spezialuntersuchungen vorliegenden Forschungen des Auslandes in desto dankenswerterer Weise vermittelt oder jedenfalls zur Geltung bringt. Es ist gewiß richtig, wenn Maas in einem Zusatz am Ende des Buches erklärt, um wirklich die Beziehungen von Geographie und Soziologie darzulegen, müsse man das Lehrgebäude beider darstellen. Aber kann dies überhaupt, zumindest bei dem gegenwärtigen Stand der Forschungen und der „Lehrgebäude“, als eine Aufgabe auch nur gedacht werden? Wohl kaum. Bislang sind die verschiedenen einzelnen Gesellschafts- und Sozialwissenschaften noch längst nicht so gleichsam intim mit der Soziologie verbunden, daß es selbst für die traditionsreicheren von ihnen schon möglich wäre, ein Lehrgebäude von ihnen als ganzes auf ein ebenso ganzheitliches Lehrgebäude der Soziologie unmittelbar zu beziehen. Schon der bloße Versuch, hier Annäherungen zu ermöglichen, ist schwierig genug und von nicht wenig gegenseitigen Vorbehalten belastet. Gerade diese Schwierigkeit aber ist es, die die Untersuchungen von Maas in ihrer sich jedem Referat entziehenden Mannigfaltigkeit so wertvoll macht: sie zwingen dem Leser die Einsicht auf, wie vielseitig die Aspekte sind, die zur Geltung kommen müssen, um auch nur geographisch eng begrenzte Ausschnitte aus der sozial-kulturellen Wirklichkeit des Zusammenlebens aufzuhellen und sichtbar werden zu lassen. Dieses Buch ist eine vorzügliche Schule für jeden Soziologen, der meinen möchte, sei es systematisch, sei es im Sinne einer speziellen empirischen Auffassungs- und Denkweise, seinen Gegenstand aus einer einzigen Sichtweise heraus erfassen zu können. Der Autor ist dabei Philosoph genug, um immer wieder übergeordnete Gesichtspunkte zu finden, die den Leser über das gelegentlich fast allzu reichliche Detail zu erheben, aber er läßt mit historischer und einzelwissenschaftlicher Akribie dem Besonderen immer sein Recht. Daß es ihm gelingen möge, die zwischen diesen beiden Polen noch nicht überbrückte Kluft schließen zu helfen, ist die Hoffnung, die an die künftigen Untersuchungen und Publikationen des Autors zu dem von ihm so anregend durchstreiften gewaltigen Forschungsgebiet geknüpft werden mag.

W e r n e r Z i e g e n f u ß - Berlin

Marx, Karl: *Die Frühschriften*. Herausgegeben von Siegfried Landshut (Kröners Taschenausgabe, Bd. 209). Alfred Kröner Verlag, Stuttgart. 588 S.

Es kann sich für die Wirkung des Forschers und Denkers Karl Marx als recht fruchtbar erweisen, daß die Sozialdemokratie der meisten Länder des westlichen Europa sich von dem „Marxismus“ mehr oder minder entschieden abwendet. Denn auf diese Weise hört dieser außerordentliche, sehr bedeutende und große Denker auf, von einem Klischee her gesehen — oder eben nicht gesehen — zu werden, das es dem Leser nahezu unmöglich macht, von ihm zu lernen. Dabei mögen, wie jüngst wieder betont worden ist, die Lehren vom Mehrwert, von dem negativen Klassenschicksal des Arbeiters als Proletariats usw. als falsche „Prophezeiungen“ erscheinen. Darauf kommt es gar nicht an, wenn man Marx verstehen und den immensen Ertrag seiner Arbeit und seine nicht wegzudenkende Wirkung begreifen will.

Die hier anzuzeigende, schon bei ihrem ersten Erscheinen vor fast 30 Jahren berühmt gewordene Einführung in das Denken von Marx von seinen philosophischen Grundlagen her ist erweitert worden und wird durch ein Vorwort des Herausgebers bereichert, das die so völlig selbstlos und bescheiden ein kaum zu überblickendes Lebenswerk schaffende Persönlichkeit von Marx in sparsamer, aber für jeden, der bereit ist, auch den Gelehrten als Menschen zu sehen, in desto schmerzlicherer Weise vor Augen stellt. In der Auswahl aus den Schriften selbst wird die Energie und Festigkeit des begrifflichen Denkens — Erbschaft Hegels, aber fruchtbar gemacht und gestählt in der Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit —, so überwältigend deutlich, daß man sehr wohl versteht, mit welchem Recht Werner Sombart seine Geschichte des Modernen Kapitalismus ausdrücklich auf Karl Marx als seinen Lehrer bezieht, so verschieden seine Deutungsweise sich auch im weiteren entwickelt hat. Zugleich aber wird der Leser gezwungen, sein eigenes Begriffsinventar gründlich, von Seite zu Seite, zu überprüfen, und es wird ihm vor allem auch deutlich, wie wenig sich umfassende historische Kenntnisse in Gegensatz bringen lassen dürfen zu begrifflichen Analysen, sondern wie sehr beide aufeinander hingewiesen sind. Und welche außerordentliche Schule die Lektüre von Marx bedeutet, wenn es sich darum handelt, das eigene wissenschaftlich gemeinte Denken in der eigenen geschichtlich-geistigen Konstellation zu sehen und auch in dieser mit zu begreifen. Es ist schwer zu verstehen, wie eine Partei, die als Arbeiterpartei einmal mit vielem geistigem Ernst begonnen hat, sich überhaupt einen eigenen geistig-politischen Standort schaffen könnte, wenn sie nicht nur den „Marxismus“ abweist, sondern ihren scharfsinnigsten Denker zu studieren versäumen würde.

Werner Ziegenfuß - Berlin
Wiese, Leopold von: *Spätlese*. Köln und Opladen. Westdeutscher Verlag. 107 S.

Der Altmeister der deutschen Soziologie legt in dieser „Spätlese“ fünf Essays vor, von denen derjenige über die Armut bereits in

der Kölner Zeitschrift für Soziologie (6. Jg. 1954) veröffentlicht worden ist. Er zeichnet sich gegenüber anderen Darstellungen der Armut dadurch aus, daß er typologisch verfährt und so einerseits vier Arten im Verhalten von Armen unterscheidet und andererseits die Armen gegenüber den Wohlhabenden abgrenzt. Von Weisheit in schöner Weise erfüllt ist der Aufsatz über das Alter, auch er typisierend, und durch historische Beispiele bereichert, aufgebaut. Von den übrigen Essays sei derjenige „Vom Schicksal des weiblichen Geschlechts“ hervorgehoben, weil er besonders eindringlich die Eigenart des Wiese-schen soziologischen Denkens widerspiegelt.

Friedrich Bülow - Berlin

Forberger, Rudolf: *Die Manufaktur in Sachsen vom Ende des 16. bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts*. (Schriften des Instituts für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Reihe I, Bd. 3.) Berlin 1958. Akademie-Verlag. VI, 390 S., 60 S. Tabellen.

Eine zusammenfassende Darstellung der Geschichte der sächsischen Manufaktur fehlte bisher, und F. versucht, diese empfindliche Lücke zu füllen. Für sein nicht leichtes Unterfangen mußte er gründliche archivalische Vorarbeiten leisten, besonders im Sächsischen Landeshauptarchiv, und da er auch die Literatur heranzieht, die über sein Thema während der Manufakturperiode selbst publiziert wurde, hat er sich um das rein Stoffliche seines Gegenstandes zweifellos fleißig bemüht. Es ist ihm auch tatsächlich gelungen, zu den zahlreichen Problemen, die die Manufakturperiode dem Historiker stellt, eine Menge bisher unbekanntem Materials der sächsischen Landesgeschichte zu heben. F. geht nun so vor, daß er im ersten Teile seiner Darstellung die „Produktivkräfte und Produktionsmittel der sächsischen Manufakturen“ untersucht, also u. a. den Unternehmer, den Arbeiter, die Rohstoffversorgung, die technische Art und Weise der Produktion, die verschiedenen Produktionszweige. Der zweite Teil behandelt die „Produktionsverhältnisse“, d. h. die Eigentumsfragen, die gesellschaftliche Stellung der Arbeiter, die staatlichen Maßnahmen zur Förderung der Manufakturen. Im dritten Teil wird der „Widerspruch zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen in der Manufakturperiode und der Verfall der Manufakturen“ aufgezeigt. Auf diesen Übergang von der Manufaktur zum Fabrikssystem will F. an anderer Stelle ausführlicher zurückkommen. Besonders anzuerkennen ist im Anhang das „Tabellarium der Manufakturen in Sachsen“, das die Manufakturen nach ihrem Gründungsjahr chronologisch ordnet, dann Art, Standort, Gründer bzw. Eigentümer, Größe und Lebensdauer des jeweiligen Betriebes angibt und schließlich noch den Quellennachweis bringt.

Nun setzt F. seiner Darstellung aber eine Einleitung voran, in der er die begriffliche Grundlage seiner Forschung entwickelt und den Geist, aus dem heraus er Geschichte betreibt, deutlich werden läßt. Im

Vorwort stellt er sogar fest, daß ihm diese Einleitung „trotz des sonst rein wirtschaftsgeschichtlichen Charakters der Studie als zweckmäßig“ erscheine, „um mit eindeutiger Terminologie an die Untersuchung herangehen zu können“. Da es doch — zumal für den Historiker — „hinangehen“ heißen muß, kann diese sprachliche Unebenheit den Verdacht aufkommen lassen, daß F. die Überlieferung heranholt an eine vor seiner historischen Forschung festgelegte Terminologie, an ein Begriffs- bzw. Denkschema, das jedenfalls nicht aus der Arbeit an der Überlieferung erwachsen ist, und gleichsam entschuldigend spricht er ja vom „sonst rein wirtschaftsgeschichtlichen Charakter seiner Studie“. Woher diese Terminologie stammt, wird mehrfach besonders offenkundig, schon dort, wo F. meint, eine Rechtfertigung dafür geben zu müssen, das Manufakturwesen in Sachsen zu untersuchen. Hier zitiert er aus Lenins „Entwicklung des Kapitalismus in Rußland“ die Stelle, die auf die Bedeutung der Manufaktur für die Entwicklung des Kapitalismus hinweist. Oder: Auf Seite 144 führt F. den Ruf der Nagelschmiede an, die im Jahre 1849 eine Fabrik in Mittweida stürmten: „Wir wollen die Maschinen zerstören, wir wollen deutsche Freiheit!“ Und F. fährt fort: Der Ruf „umreißt zugleich den Irrtum der unter dem kapitalistischen Fabriksystem leidenden Handwerker, Handarbeiter und kleinen Bauern, lediglich durch Zerstörung der neuen Arbeitsinstrumente diese Freiheit gewinnen zu können, die nach den gleichzeitigen Erkenntnissen von Marx und Engels nur durch Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise überhaupt zu erreichen ist.“ Wie weit politische Überzeugung den Blick in die Vergangenheit bestimmt, zeigen u. a. etwa auf S. 265 die Ausführungen über den „Gegensatz zwischen Stadt und Land“, wo „von der feudalen Bindung der Bauern an ihre Grundherren“ gesprochen wird und vom „Bestreben des feudalen Bürgertums, die mittelalterlich überkommene Form der gewerblichen Produktionsweise zu konservieren“. Nach S. 278 lag der „Hauptwiderstand gegen die Manufakturen . . . im Bestreben, das feudale System zu konservieren, zu dessen tragenden Schichten in der Stadt das Handwerk gehörte“. Bedenklich und für den wissenschaftlichen Wert der Arbeit F.s doch auch entscheidend ist die Benutzung der Literatur, die über das Manufakturwesen, die Entstehung des Kapitalismus und den Merkantilismus bereits vorliegt: F. stützt sich auf Marx, Engels, Lenin, dann auf Kuczynski, Jakowlew, Pankratowa und Borissow. Er erwähnt noch Hausherr und Jahn; Sombart erscheint neben A. Sartorius von Waltershausen als „bürgerlicher Wirtschaftshistoriker der neueren Zeit“. Eine wissenschaftliche Diskussion, wie F. sie etwa über die Entstehung der Fabrik (S. 259, Anm. 2, im Anschluß an G. Jahns Aufsatzreihe über dieses Thema) versucht, ist dann, wenn aus der Geschichtswissenschaft eine politische Wissenschaft gemacht wird, hier nicht mehr möglich.

Eberhard Schmieder-Berlin

Die Bayerische Staatsbank von 1780 bis 1955. Geschichte und Geschäfte einer öffentlichen Bank. Zur 175. Wiederkehr des Gründungsjahres herausgegeben vom Staatsbankdirektorium. München 1955. 454 S.

Die Berliner Handels-Gesellschaft in einem Jahrhundert deutscher Wirtschaft 1856—1956. Frankfurt/M. 1956. 290 S.

Schweizerische Kreditanstalt 1856—1956. Hundert Jahre im Dienste der schweizerischen Volkswirtschaft. Herausgegeben von der Schweizerischen Kreditanstalt. Zürich 1956. 564 S.

Die Bayerische Staatsbank, älteste Regionalbank Bayerns und eine der führenden deutschen Regionalbanken (Bilanzsumme 1958: 1.936 Mill. DM) legte 1955 aus Anlaß der 175. Wiederkehr ihres Gründungsjahres der Öffentlichkeit eine umfangreiche Arbeit über ihre „Geschichte und Geschäfte“ vor. Ein Jahr darauf folgten die Berliner Handels-Gesellschaft und die Schweizerische Kreditanstalt mit Festschriften aus Anlaß ihres hundertjährigen Geschäftsjubiläums. Als Verfasser zeichnen Dr. Walter Diehm (Bayer. Staatsbank), Rolf E. Lücke (Berliner Handels-Gesellschaft) sowie der bekannte St. Galler Nationalökonom Prof. Dr. Walter A. Jöhr. Die genannten Banken können, um das Gesamturteil vorwegzunehmen, mit ihren Veröffentlichungen für sich beanspruchen, in mustergültiger Weise die internationale Gepflogenheit führender Kreditinstitute fortgesetzt zu haben, eine Darstellung der Geschichte des eigenen Hauses nicht nur einem begrenzten Kreis von Geschäftsfreunden, sondern darüber hinaus einem weiteren, wirtschaftsgeschichtlich und -politisch interessierten Publikum lesenswert zu machen.

Schon im Jahre 1930 hatte die Bayerische Staatsbank ihre Geschichte in einer größer angelegten, von Dr. Franz Steffan verfaßten Festschrift publiziert. Das Institut war im Jahre 1780 vom Markgrafen Karl Alexander von Ansbach-Bayreuth als Hofbank mit der Aufgabe gegründet worden, verzinsliche Einlagen aus dem wohlhabenden Bauernstand des Landes aufzunehmen und die angesammelten Gelder in Krediten an Handel und Gewerbe anzulegen, den Geldwechsel zu betreiben sowie Geldüberweisungen vom und nach dem Ausland durchzuführen. Noch vor Ablauf eines Jahres nach der Gründung wurde die Bank zur Emission von ‚Banknoten‘ — verzinslichen Orderpapieren — ermächtigt und war damit Depositenbank, Handelshaus, Wechsel- und Leihbank zugleich. Nachdem Ansbach-Bayreuth 1792 an Preußen gefallen war, wurde sie zunächst für 14 Jahre neben der Seehandlung eine Art zweiter Preußischer Staatsbank; 1806 kam sie mit Ansbach zu Bayern. Von Ansbach dehnte sie im Laufe der Jahre ihren Wirkungskreis auf ganz Bayern aus. Seit dem Jahre 1850, in dem die bayerische Regierung dem Institut die Einlagen der Gerichte und Verwaltungsbehörden zuwies, wirkt die Bank auch als Hausbank des Bayerischen Staates: 1854 tätigte sie die ersten Stützungskäufe bayerischer Staatsanleihen, 1879 wurde von ihr erstmals ein Bankenconsortium für die Begebung bayerischer Staatsanleihen ge-

bildet. Auch als Staatsbank blieb ihr Charakter als einer nach rein kaufmännischen Gesichtspunkten geleiteten Depositen- und Kreditbank zur Stärkung der heimischen Wirtschaftskraft in Bayern unverändert; ihre Ausleihungen an Private haben interessanterweise schon immer die Kredite an die öffentliche Hand übertroffen.

Die ersten acht Kapitel des hier besprochenen Werkes (umfassend den Zeitraum von der Gründung der Bank bis etwa zur Inflation 1923) sind nach eingehender Neubearbeitung durch den Verf. selbst unter Heranziehung weiterer Quellen der Festschrift von 1930 entnommen. Sie schildern den Werdegang der heutigen Bayerischen Staatsbank von der „Hochfürstlich-Brandenburg-Anspach-Bayreuthischen Hof-Banco“ (1780—1792) zur „Königlich Preußischen Banco in Franken“ (1792—1806) und zur „Königlich Bayerischen Bank“ (1806—1919) sowie die Entwicklung ihrer Aufgaben und Geschäfte in der Zeit der Napoleonischen Kriege, der Reichsgründung, des Ersten Weltkrieges und der Nachkriegsinflation.

Der zweite Teil des Werkes behandelt die Entwicklung des 1934 infolge der Übernahme der bayerischen Staatshoheit durch das Reich vorübergehend zu einer „Staatsbank ohne Staat“ gewordenen Instituts vom Ende der Inflation 1923 bis zum Jahre 1945, sowie den Wiederaufbau der Geschäfte nach Krieg und Währungsreform. Mit besonderer Sorgfalt hat *Diehm* in diesem Teil den allgemeinen politischen und wirtschaftsgeschichtlichen Rahmen der Bankgeschichte herausgearbeitet, so daß der Leser neben der eigentlichen Geschichte der Bayerischen Staatsbank ein in sich abgerundetes, die neuesten Erkenntnisse einschließendes Bild der internationalen und deutschen, speziell bayerischen Wirtschaftsgeschichte seit dem Ende des Ersten Weltkrieges, unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung im Währungs- und Kreditwesen, vermittelt erhält. Hervorzuheben sind namentlich die Ausführungen über die Weltwirtschaftskrise und ihre Ursachen (S. 265 ff. und S. 287 ff.), die deutsche Bankenkrise (S. 299 ff.) und die nationalsozialistische Arbeitsbeschaffungs- und Kriegsfinanzierungspolitik (S. 322 ff. und S. 355 f.). Bei der Schilderung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Währungsreform konzentriert sich *Diehm* vor allem auf die währungs- und kreditpolitischen Probleme des Wiederaufbaus und die Aufgaben, welche von den Banken dabei zu bewältigen waren. Wenn auch bei der Darstellung der Geschichte der Bank selbst in diesem letzten Abschnitt des Buches vielleicht die eine oder andere Zahl fehlen mag, die den Außenstehenden an der Entwicklung des profilierten Staatsinstituts in diesen Jahren besonders interessiert hätte, so wird man doch dies der Bayerischen Staatsbank um so weniger zum Vorwurf machen können, als gerade sie für beispielhafte Publizitätsfreudigkeit gut bekannt ist.

Erfolgte die Gründung der Bayerischen Staatsbank noch in merkantilistischem Geist, so ist die früher zu den Berliner Großbanken

zählende Berliner Handels-Gesellschaft (Bilanzsumme 1958: 606 Mill. DM) im Jahre 1856 durch die private Initiative bedeutender preußischer Bankiers nach dem Vorbild des *Crédit Mobilier* entstanden. Als „Bank für große Geschäfte und große Kunden“ war sie von Anfang an auf das industrielle Gründungsgeschäft ausgerichtet, obwohl zur Zeit ihrer Gründung das Industriegeschäft für private Banken noch nicht sonderlich anziehend war; das eigentliche Handelsgeschäft trat demgegenüber „wenigstens dem Grundsatz, wenn auch nicht der Praxis nach“, zurück. Hervorstechendes Charakteristikum der Geschichte dieser Bank ist die enge Verbindung ihrer Erfolge mit besonderen unternehmerischen Leistungen. Bedingt schon durch die Rechtsform einer Kommanditgesellschaft auf Aktien, gaben stets kraftvolle Unternehmerpersönlichkeiten der Bank das Profil; sie führten das Institut zu seiner großen Bedeutung empor und halfen auch schwere Rückschläge überwinden, wie sie die Bank insbesondere im Verlauf des letzten Weltkrieges hinnehmen mußte, war es ihr doch erst 1949 möglich, den Geschäftssitz von Berlin nach Frankfurt zu verlegen und dort den Aufbau des Geschäftes nachzuholen. Aus der Zahl illustrierender Persönlichkeiten der deutschen Finanzgeschichte, die maßgebend auf die Geschichte der Berliner Handels-Gesellschaft einwirkten, ist besonders Carl Fürstenberg zu nennen, der 1883 in die Bank eintrat und auf den Tag genau fünfzig Jahre Geschäftsinhaber war. Er brachte das Institut nach Überwindung der Verluste, die es schon wenige Jahre nach seiner Gründung im Rußlandgeschäft erlitten hatte, in das große internationale Finanzgeschäft; unter ihm beteiligte es sich an der Finanzierung des in- und ausländischen Eisenbahnbaus, und vor allem wurden in seiner Zeit die Grundlagen für die heute noch bestehenden intensiven Beziehungen des Hauses zur deutschen Großindustrie geschaffen.

Als symptomatisch für den unternehmerischen, stets die Bedeutung der privaten Initiative betonenden Geist, der die vorliegende Darstellung der Geschichte der Bank durchzieht, mag die Schilderung der Reaktion Carl Fürstenbergs auf die Bemühungen des preußischen Fiskus angesehen werden, der im Zuge der staatlichen Sozialpolitik 1904 ein führendes Unternehmen der Grundstoffindustrie (die *Hibernia-AG*) verstaatlichen wollte. Den Aktienaufkäufen des Fiskus setzte er, wie Lücke schreibt, erfolgreich Widerstand dadurch entgegen, daß er ohne Rücksicht auf die durch Kurssteigerungen zu erwartenden Verluste seinerseits Aktien aufkaufte und die den Sozialisierungsbestrebungen abgeneigten Aktionäre zu einer Art Schutzvereinigung zusammenschloß: „Noch war die Auffassung vorherrschend, daß die soziale Betreuung unter privater Führung . . . besser gewährleistet sei als unter staatlicher Ägide. Man darf wohl fragen“, heißt es in der Festschrift der Berliner Handels-Gesellschaft, „ob etwa heute der Gegenbeweis erbracht ist.“

In aufgelockerter Form flicht Lücke die Geschichte der Berliner Handels-Gesellschaft in die allgemeine deutsche politische und wirtschaftliche Geschichte ein, wobei er besonders detailliert seine Auf-

merksamkeit der Periode vom Ende des Ersten Weltkrieges bis zur nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik widmet.

Wie für die Berliner Handels-Gesellschaft so waren auch für die im gleichen Jahre wie diese von Alfred Escher in Zürich gegründete Schweizerische Kreditanstalt die Ideen der Gebrüder Pereire Vorbild. Auf der Grundlage des 1848 neugeordneten schweizerischen Staatswesens und einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik machte die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts rasche Fortschritte, die nach Beendigung des Krimkrieges in einer Art Schweizer Gründerkonjunktur ihren vorläufigen Höhepunkt fanden. So konnte die Bank schon nach kurzer Zeit eine weitgespannte, die Schweizer Volkswirtschaft reich befruchtende Tätigkeit entfalten: Finanzierung des in- und ausländischen Eisenbahnbaus, das Gründungsgeschäft im Bereich von Industrie, Banken und Versicherungen, Dienstleistungen für die öffentliche Hand sowie besonders zielbewußt der Ausbau des kommerziellen kurzfristigen Kreditgeschäfts, das „zu jeder Zeit eine überragende Rolle“ spielte. In Zusammenhang mit der speziellen Unterstützung des Einfuhrhandels und der Exportindustrie stellte sie sich schon sehr früh in den Dienst des internationalen Zahlungs- und Kreditverkehrs. Auf das Jahr 1863 gehen regelmäßige, ab 1870 zur vollen Blüte gelangte überseeische Geschäftsverbindungen zurück. 1940 wurde in New York die erste Auslandsfiliale errichtet. Heute zählt die Schweizerische Kreditanstalt zur Spitzengruppe der internationalen Großbanken (Bilanzsumme 1958: 3.983 Mill. sfrs.).

Im ersten Hauptteil der vorliegenden umfangreichen Festschrift behandelt Jöhr nach einer systematischen Einführung in die volkswirtschaftliche Bedeutung und Aufgaben der Banken, einer tieferschürfenden Analyse der schweizerischen Wirtschaftsentwicklung um die Mitte des vorigen Jahrhunderts sowie einem ausführlichen Überblick über die Entwicklung des schweizerischen Bankwesens bis zu dieser Zeit, die Periode von der Gründung der Bank bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Der zweite Hauptteil (S. 231—564) führt die Geschichte der Bank bis zur Gegenwart fort. Die einzelnen Unterabschnitte behandeln, sorgfältig aufgegliedert, jeweils den wirtschaftsgeschichtlichen Rahmen und die Entwicklung der Bank selbst. Bei der Darstellung der wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklung widmet Jöhr seine Aufmerksamkeit mit besonderer Sorgfalt nicht nur der schweizerischen Wirtschaftsgeschichte selbst, sondern auch der Entwicklung der wichtigsten Wirtschaftsländer überhaupt, soweit ihr Schicksal die Schweiz und die Schweizerische Kreditanstalt beeinflusste. Hatte Diehm bei der Schilderung der Weltwirtschaftskrise und ihrer Ursachen und Folgen besonderen Wert auf die Darstellung der deutschen Nachkriegsentwicklung auf dem Währungssektor und hier vor allem der Gründe gelegt, die zur deutschen Bankenkrise führten, so findet sich in Jöhrs Arbeit ein weitgespannter Überblick über die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise nicht nur in der Schweiz, sondern auch in Ländern wie

England, Deutschland, Frankreich oder den USA. Hervorzuheben sind hier vor allem die Ausführungen über die materiellen und geistigen Ursachen der Weltwirtschaftskrise (S. 335 ff.), ihre Auswirkungen auf dem Kontinent und in den Vereinigten Staaten sowie die übersichtliche Zusammenfassung der in diesen Ländern getroffenen Depressionsbekämpfungsmaßnahmen (S. 351 ff.). Die Ausführlichkeit, mit der sich J ö h r den Problemen der internationalen Konjunktorentwicklung widmet, bedeutet für den deutschen Leser eine vorzügliche Ergänzung der diesbezüglichen Ausführungen in der Festschrift der Bayerischen Staatsbank.

Alles in allem: drei Festschriften, die als Darstellung eines bedeutungsvollen Abschnittes schweizerischer, deutscher und speziell bayerischer Wirtschaftsgeschichte zur Lektüre nur empfohlen werden können. Sie bieten dem Historiker, dem wirtschaftlich Interessierten überhaupt, insbesondere aber auch dem Studierenden reichhaltiges und instruktives Anschauungsmaterial. Flüssig und interessant geschrieben, sind alle drei ohne Zweifel als wertvolle Bereicherung der vorhandenen bank- und wirtschaftsgeschichtlichen Literatur anzusehen. Die Übersicht wird in allen drei Arbeiten durch eine Anzahl teils mehrfarbiger Schaubilder sowie durch Tabellen und Zeittafeln erleichtert. Die Ausstattung der Werke ist dezent und geschmackvoll, doch ragt die Schrift der Bayerischen Staatsbank noch durch Reproduktionen wertvoller Schriftstücke aus der Geschichte der Bank, alter Stiche und Gemälde bedeutender bayerischer Städte hervor und zeichnet sich darüber hinaus durch interessante Wiedergaben altbayrischer Siegel, Wappen, Münzen sowie durch Reproduktionen einer Anzahl von Notgeldsorten der Bank der Inflationszeit aus. Man wünscht sich diese Werke als Vorbild für viele Publikationen aus ähnlichem Anlaß.

H a n s H. L e c h n e r - Berlin

Lavergne, Bernard: *Individualisme contre autoritarisme.*

Trois siècles de conflits expliqués par le dualisme social. Paris 1959. Presses Universitaires de France. 126 S.

Mit seinem methodologisch und ordnungspolitisch umfassenden Werk „L'hégémonie du consommateur“ (Paris 1958) ist der Autor den Lesern dieses Jahrbuchs erst kürzlich vorgestellt worden (vgl. 79. Jg., 2. Heft, S. 111 f.). Seine hier anzuzeigende jüngste Schrift sucht auf der Grundlage eines empirisch erwiesenen Dualismus individualistischer und autoritärer Ordnungselemente den Ablauf der Sozialgeschichte und die dogmatische Ausbildung sozialwissenschaftlichen Denkens zu korrelieren und von der Polarität zwischen individueller Freiheit und staatlicher Bindung her zu deuten. Ausgangspunkt der sog. dualistischen Theorie Lavergnes ist die These, daß der Individualismus die notwendige Freiheit des Konsumenten betone, während der „Aggregatismus“ den Produzenten der Zwangsgewalt sozialer Gruppen unterwerfe. Unter dem Vorzeichen dieser dualistischen Idee werden die Hauptrepräsentanten individualistischen

und autoritär-,aggregatistischen“ Denkens aus den letzten drei Jahrhunderten in kurzen Essays abgehandelt, und in derselben Weise verfährt der Autor mit der Entwicklungsgeschichte politischer und wirtschaftlicher Lehrmeinungen, um den Beweis zu führen, daß „tant dans l'ordre politique que dans l'ordre économique, le concept de consommateur jouit d'une primauté très nette par rapport au concept de producteur, ce qui ne signifie pas pour autant que le comportement du producteur n'a pas une grande influence. . . . Enfin le consommateur deviendra le roi — roi fainéant sans doute mais roi quand même — de l'organisation concrète de nos sociétés au fur et à mesure que le socialisme coopératif supplantera à la fois le capitalisme privé et le socialisme d'Etat.“ (S. 120 f.). Wohl wirft diese dualistische Anschauungsweise Lavergnes „une lumière toute nouvelle sur ces grandes thèses toujours si controversées“, doch hat man den Eindruck, daß es ihm mehr auf den Beleuchtungseffekt als auf das Licht ankommt.

Antonio Montaner-Mainz

Wirtschaftssysteme des Westens, Teil I und II. Herausgegeben von Rudolf Frei. (Veröffentlichungen der List-Gesellschaft, Band 6/7, Reihe B: Studien zur Ökonomik der Gegenwart, herausgegeben von Erwin von Beckerath und Edgar Salin.) 1957/59. Kyklos-Verlag Basel — J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). Tübingen. 247 S.

Die Schrift ist durch die Frage veranlaßt worden, inwieweit und in welchem Umfang die derzeitigen Wirtschaftssysteme noch mit den theoretischen Begriffen des Konkurrenzmodells erfaßt werden können. Aus den Einzeldarstellungen, die in diesem Bande zunächst die Länder Belgien, Großbritannien, Japan, die Niederlande, Österreich und Schweden umfaßt, geht bereits hervor, wie verschieden die Wirtschaftssysteme der einzelnen Länder sind, und wie wenig sie in den grundlegenden Sachverhalten miteinander übereinstimmen. Weiter aber zeigt sich, daß der Mangel an Einblick in die faktischen Tatbestände eine gründlichere Erforschung dessen, was ist, notwendig macht. Die stark gebundenen Volkswirtschaftssysteme, wie in Österreich, Spanien und Japan, auf die das Konkurrenzmodell kaum anwendbar ist, stehen neben wesentlich freieren Wirtschaftssystemen, in denen sich aber, vor allem durch politisch bedingte Eingriffe des Staates, das Klima gegenüber der Zeit des einstmals befolgten Laissez-faire-Prinzips wesentlich geändert hat. Das ist wohl der Fall in England, Holland und Belgien. Aus den Untersuchungen ergibt sich schon jetzt die Lehre, daß man sich davor hüten muß anzunehmen, daß theoretische Aussagen, die aus einer bestimmten Arbeitshypothese, wie z. B. dem Konkurrenzmodell, gewonnen sind, schon allgemein gültige und verbindliche Aussagen über die innere Gesetzlichkeit der Wirklichkeit abgeben. Es gibt eben keine einheitliche und überall gleiche Wirklichkeit, sondern eine Mehrzahl von Wirklichkeiten, deren innere Gesetzlichkeit man erst dann erkennen kann, wenn die empirische Tatsachenforschung die Tatbestände geklärt hat.

Dem ersten Band dieser Gemeinschaftsarbeit ist nunmehr der abschließende zweite Band gefolgt. Leider konnte der in Aussicht gestellte Beitrag über Frankreich nicht rechtzeitig abgeschlossen werden, so daß schließlich überhaupt darauf verzichtet werden mußte, diese Studie zu bringen. Wie im ersten Band wurden vor allem Kennzeichen und Struktur der Wirtschaftssysteme in den verschiedenen westlichen Ländern tatsächlich aufgezeigt, während die theoretischen Probleme hinter die Tatsachenschilderung zurücktreten. Das ist keineswegs ein Schaden, denn das wichtigste theoretische Ergebnis, daß das Modell der uneingeschränkten freien Konkurrenz auf die Wirtschaftssysteme des Westens nicht angewandt werden kann, tritt klar zutage. Man erkennt weiter, wie trotz der allgemeinen gleichen Grundlage die Wirtschaftssysteme erheblich voneinander abweichen. Es wäre nun eine durchaus dankenswerte und lohnende Aufgabe für die weitere Forschung, diese Verschiedenheiten zu erklären. Vielleicht spielt dabei eine Rolle der Grad, den die Entwicklung zum Industriestaat in den einzelnen Ländern erreicht hat, auch werden die geographischen und räumlichen Verhältnisse eine beträchtliche Rolle spielen und schließlich dürften die nationalen und politischen Verhältnisse von Einfluß sein. Besonders interessant aber dürfte es sein, wenn man die Gestaltung und Entwicklung der Wirtschaftssysteme in der westlichen „kapitalistischen“ Welt mit den Gegebenheiten in den Ländern der östlichen „sozialistischen“ Welt vergleicht. Die im Gange befindlichen Untersuchungen der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Verein für Sozialpolitik) dürften die Möglichkeit dazu bieten, sobald sie der Öffentlichkeit übergeben sein werden.

W. M. Frhr. v. Bissing - Berlin

Grottian, W.: *Das sowjetische Regierungssystem — Die Grundlagen der Macht in der Sowjetunion*. 1. Teil: Leitfaden. 2. Teil: Quellenbuch. (Die Wissenschaft von der Politik, herausgegeben im Auftrage der Deutschen Hochschule für Politik von O. H. von der Gablentz, Hans Reif und Ossip K. Flechtheim, 2. Band.) Köln und Opladen 1956. Westdeutscher Verlag. 175, 170 S.

Wer über das sowjetische Regierungssystem schreibt, kann das in wissenschaftlicher Weise nur tun, wenn er vom dialektischen und historischen Materialismus ausgehend darlegt, wie sich unter Lenin und Stalin auf dieser Grundlage eine sowjetische Staatslehre entwickelt hat, die erfüllt ist von dem schöpferischen Wirken der Macht und der Gewalt. Erst dann werden Ziele, Mittel und Organisation des sowjetischen Regierungssystems und die Kämpfe um die Macht innerhalb der sowjetischen kommunistischen Partei in ihrem tieferen Sinn verständlich. Der Verfasser hat es leider unterlassen, in dieser Weise vorzugehen. Deshalb stellt sein Buch wohl eine Materialsammlung dar, die aber für den Studenten, für den sie anscheinend in erster Linie bestimmt ist, kaum ausreichend ist.

W. M. Frhr. v. Bissing - Berlin

Hedtkamp, Günter: *Instrumente und Probleme westlicher und sowjetischer Wirtschaftslenkung*. Nationalbudget und Nationalplan. (Osteuropastudien der Hochschulen des Landes Hessen Reihe I: Gießener Abhandlungen zur Agrar- und Wirtschaftsforschung des europäischen Ostens, Band 6.) Gießen 1958. Kommissionsverlag Wilhelm Schmitz. 187 S.

Vergleiche zwischen den Volkswirtschaften der freien Welt und der sowjetischen Volkswirtschaft sind immer lehrreich, weil sie das ganz anders geartete Wirtschaftssystem der sowjetischen Volkswirtschaft und das dadurch ebenfalls anders gerichtete Denken der russischen Wirtschaftswissenschaft deutlich machen. Das geschieht auch in der vorliegenden Arbeit.

Im ersten Teil wird zunächst in großen Zügen eine kritische Darstellung vom Aufbau der westlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gegeben. Im Westen dienen die Kreislaufmodelle der ökonomischen Analyse, die makroökonomischen Rechnungen sind eine statistische Darstellung des Wirtschaftsablaufes einer abgelaufenen Periode und das Nationalbudget endlich ist auf die Zukunft gerichtet. In diesem ersten Teil des Buches kommen die gerade besonders wichtigen Probleme des wirtschaftlichen Wachstums zu kurz, zumal man im Westen erkannt hat, daß der volkswirtschaftliche Wachstumsprozeß gestaltungsfähig und gestaltungsbedürftig ist, ohne daß man dazu dirigistische Maßnahmen nötig hätte.

Im zweiten Teil seines Buches wird dann der Volkswirtschaftsplan der sowjetischen zentralen Verwaltungswirtschaft mit seinen verschiedenen Bilanzen nach Aufstellung, Organisation und Durchführung kritisch betrachtet. Schärfer hätte hervorgehoben werden müssen, daß der ganzen Planaufstellung und damit auch der ganzen Wirtschaftspolitik die eschatologische Idee von der gesetzmäßigen Verwirklichung der kommunistischen Wirtschaft zugrunde liegt. Die Frage, die für den Verfasser jetzt im Mittelpunkt seines Interesses steht, ist, ob die naturale Planung oder die Wertplanung entscheidend sei. Der Verfasser vertritt die Ansicht, daß sich im sowjetischen Planungssystem die Wertplanung bereits durchgesetzt habe, wobei die sowjetischen Theoretiker und Planungspraktiker sich in einen Widerspruch gesetzt hätten. Der Verfasser sucht seine These aus den Widersprüchen innerhalb der sowjetischen Wirtschaftswissenschaft zu begründen. Auf diesen Teil der Arbeit ist viel Fleiß und Scharfsinn verwandt worden. Wenn ich ihm trotzdem nicht zustimmen kann, so deshalb, weil im Zentrum der sowjetischen Pläne die Aufrüstung steht, für die zunächst einmal die notwendigen naturalen Gütermengen bereitgestellt werden müssen. Was dann verbleibt, dient den Investitionen vornehmlich in der schweren Industrie, die getreu der Marx'schen Theorie von der erweiterten Reproduktion Vorrang hat vor der Industrie der Konsumgüter. Die sowjetische Volkswirtschaft hat also den Charakter einer permanenten Kriegswirtschaft. Dem entspricht die Finanz- und Preispolitik. Deswegen sagt der sowjetische Wirtschaftswissenschaftler L. Maisenberg, daß der Sowjetstaat den Mecha-

nismus der Preisbildung seinen wirtschaftlichen Interessen und der Festigung des Sozialismus unterordnet, und der sowjetzone Nationalökonom G. Kohlmay stellt fest, daß der Planpreis derjenige komplizierte Mechanismus ist, mit dessen Hilfe der sozialistische Staat im Rahmen der Gesamtplanung die Warenströme auf die wichtigsten Zweige der Produktion und der individuellen Konsumtion durchführt. Dazu muß aber der Naturalplan dem Preisplan vorangehen.

W. M. Frhr. v. Bissing - Berlin

Weber, Adolf: *Sowjetwirtschaft und Weltwirtschaft*. Berlin 1958. Verlag von Duncker & Humblot. XV, 293 S.

Adolf Weber gründete schon im Jahre 1917, als er an der Universität in Breslau als Ordinarius wirkte, das Osteuropainstitut. Seitdem hat er sich wiederholt eingehend mit den Problemen der Sowjetwirtschaft befaßt. Wenn er jetzt am Abend seines Lebens ein neues Werk über die Sowjetwirtschaft und die Weltwirtschaft verfaßt hat, so soll das Buch einmal eine eingehende Darstellung der Sowjetwirtschaft geben, vor allem aber soll es dazu anregen, darüber nachzudenken, inwieweit einerseits das in der Sowjetunion Erreichte unterschätzt, andererseits aber auch überschätzt wird. So müssen wir Adolf Weber dafür dankbar sein, daß er sich die Mühe gemacht hat, uns eine zusammenfassende, aber doch knappe Darstellung der Sowjetwirtschaft zu geben.

Es war nicht die Absicht Webers, die Sowjetwirtschaft der Marktwirtschaft gegenüber zu stellen, sondern es handelte sich darum, zu untersuchen, ob die sozialökonomischen Ziele, die sich die Sowjetwirtschaft für die Gegenwart gestellt hat, auf dem Wege, den sie unter Hinweis auf Marx und Lenin für richtig hielt, erreichbar sind. Weber sieht, daß dem volkswirtschaftlichen Erfolg vier ernste Hindernisse entgegenstehen: „1. die ungenügende Achtung der Freiheit und der Würde des nach dem Ebenbild Gottes geschaffenen Menschen; 2. die Unproportionalität des volkswirtschaftlichen Kräfteinsatzes; 3. erschwerte und ungenügende Neubildung und Verschwendung des volkswirtschaftlichen Produktivkapitals; 4. der im System liegende Verzicht auf die Vorteile einer durch Marktpreisbildung geordneten internationalen Arbeitsteilung.“

Sicher ist es erstaunlich, in welchem Ausmaß das sowjetische Volk es duldet, daß seine Freiheit weitgehend eingeschränkt wird, und wie es sich einem zentralen Willen unterordnet. Das liegt wohl daran, daß die Sowjetmenschen einen anderen Begriff der Freiheit haben als die Völker der westlichen Welt, und dann hat es Lenin verstanden, dem Sowjetvolk eine missionarische Aufgabe zuzuweisen, nämlich die Befreiung der Völker der ganzen Welt vom Joch des Kapitalismus. Daß das Aufgabe des sowjetischen Volkes sei, und daß der Weg dahin über die kommunistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung geht, ist ideologisches Gemeingut fast aller Russen geworden, auch wenn sie dieses und jenes an den führenden Persönlichkeiten und an ihren

Maßnahmen auszusetzen haben. Man muß also die sowjetische Wirtschaft vor allem unter dem Gesichtspunkt ihres eschatologischen Zieles betrachten. Dann aber ergibt sich, daß die ökonomische Rationalität anders ist als die der „kapitalistischen“ westlichen Welt.

Dementsprechend ist auch der ökonomische Kräfteinsatz anders proportioniert. Die sowjetische Wirtschaft ist ausgesprochene Schwerpunktwirtschaft. Im Schwerpunkt liegt auf Grund der Marxschen Theorie der erweiterten Reproduktion die Industrie der Produktionsmittel und außerdem, weil sich die Sowjet-Union von den „kapitalistischen“ Mächten bedroht fühlt, die Rüstungsindustrie. Aber mit Recht weist Adolf Weber darauf hin, daß die ständige Steigerung der Rüstungsausgaben ernste volkswirtschaftliche Gefahren für die Sowjet-Union in sich birgt.

Die russische Theorie sucht die Marxsche Theorie der erweiterten Reproduktion auf den volkswirtschaftlichen Kräfteinsatz anzuwenden, aber die Durchführung gelingt nicht, weil, wie Adolf Weber treffend nachweist, die spontan sich bildenden Preise für jede Ware und für jedes Produktionselement, besonders aber für das den wirtschaftlichen Fortschritt ermöglichende Produktivkapital fehlen, und weil ferner der Vorrang der Rüstungsindustrie zu einer volkswirtschaftlichen Fehlleitung der Produktionselemente führt.

Die Rüstungsindustrie nimmt auch übergroße Anteile des auch in der Sowjetwirtschaft knappen Produktivkapitals in Anspruch. Adolf Weber weist mit Recht darauf hin, daß das sowjetische Gesuch um amerikanische Kredite ein Zeichen nicht ausreichender Kapitalbildung ist. Damit aber erscheint die Erfüllung des soeben verkündeten Siebenjahresplanes sehr zweifelhaft. Aber ob der Plan am Mangel an Produktivkapital wird scheitern müssen, ist doch fraglich, weil die erheblichen Menschenreserven der Sowjet-Union eine Substitution von Produktivkapital durch Arbeitskraft in gewissen Grenzen gestatten, und weil ferner die Grenze der möglichen Kapitalbildung durch das bedingt ist, was die Wirtschaftsleitung der Masse des sowjetischen Volkes an Lebenshaltung zumuten kann. Diese Grenze aber ist sehr elastisch, vor allem dann, wenn man an die große welthistorische Aufgabe des Sowjetvolkes appelliert. Endlich kann ohne Mehraufwendung von Produktivkapital eine Rationalisierung der Betriebsorganisation in vielen Fällen vorgenommen werden, die sowohl neugebildetes Produktivkapital für andere Zwecke freisetzt als auch zur Ersparnis von Arbeitskräften führt. Die oft im Westen geäußerte Auffassung von dem Mangel an Arbeitskräften in der Sowjet-Union bestätigt sich offenbar nicht und dürfte auch bis 1965 nicht zutreffen (s. Ostprobleme 11. Jahrg. Nr. 9 vom 2. 5. 59).

Wenn endlich die Sowjet-Union auf die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung verzichtete und sich durch das Außenhandelsmonopol gegen den Weltmarkt abschloß, so lag das in der Notwendigkeit, die eigene zentrale Verwaltungswirtschaft vor Störungen, die von außen kommen konnten, zu schützen. Wenn man sich später aber selbst auf

den Weltmarkt begab, so lagen dem zwei Motive zugrunde: zuerst wollte man sich die erforderlichen Devisen beschaffen, die man benötigte, um Güter zu erstehen, die man im eigenen Lande nicht oder noch nicht herstellen konnte. Dann aber wollte man auf dem Weltmarkt Störungen hervorrufen, um in den „kapitalistischen“ Ländern ökonomische und soziale Unruhen zu schaffen, wodurch die arbeitenden Klassen der kommunistischen Ideologie zugänglich gemacht werden sollten.

Der im Januar 1949 gegründete „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“, der die Sowjet-Union und ihre Satelliten umfaßt, hat in erster Linie zum Ziel, eine Arbeitsteilung zwischen der Sowjet-Union und ihren Satelliten zu schaffen, wobei die Bedürfnisse der Sowjet-Union als der führenden Macht des „sozialistischen Lagers“ natürlich entscheidend sind. Der zweite Zweck des Comecon aber ist, darauf hinzuwirken, daß die sozialistischen Länder in breiter Front gleichzeitig in die kommunistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung eintreten (s. Neue Zeit, Moskau, Heft 50, 1958, und Iswestija vom 12. 2. 59). Damit tritt auch hier wieder deutlich die eschatologische Komponente der sowjetischen Wirtschaftspolitik in Erscheinung.

W. M. Frhr. v. Bissing - Berlin

Richert, Ernst, Stern, Carola, und Dietrich, Peter: *Agitation und Propaganda*. Das System der publizistischen Massenföhrung in der Sowjetzone. Mit einem Vorwort von Otto Stammer. (Schriften des Instituts für politische Wissenschaft, Band 10.) Berlin und Frankfurt a. M. 1958. Franz Vahlen G.m.b.H. XIII, 331 S.

Heuer, Hellmut: *Zur Organisation der Betriebsplanung in der volkseigenen Industrie des sowjetischen Besatzungsgebietes*. (Wirtschaftswissenschaftliche Abhandlungen; Volks- und Betriebswirtschaftliche Schriftenreihe der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Freien Universität Berlin. Heft 10.) Berlin 1958. Duncker & Humblot. 130 S.

Böttcher, Bodo: *Industrielle Strukturwandlungen im sowjetisch besetzten Gebiet Deutschlands*. (Osteuropa-Institut an der Freien Universität Berlin, Wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen Band 4.) Berlin 1956. In Kommission bei Duncker & Humblot. VIII, 184 S.

Alle drei Arbeiten liefern einen guten, tiefen und zuverlässigen Einblick in das wirtschaftliche Geschehen und die politische Entwicklung in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands. Wir können daraus ersehen, wie sich materiell die Entwicklung in der Zone und in der Bundesrepublik in divergierender Richtung bewegt, während es offenbar Agitation und Propaganda noch nicht vermocht haben, die Menschen geistig umzuformen. Allerdings bemerkt Otto Stammer im Vorwort zu der gründlichen Studie seiner Mitarbeiter über die Agitation und Propaganda in der sowjetischen Zone, daß die entschei-

dende Frage, inwieweit die Maßnahmen der Massenformung durch Agitation und Propaganda bei der Bevölkerung wirklich ankommen, offen bleiben muß, weil es keine Möglichkeit gibt, die tatsächliche Meinungsbildung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen wissenschaftlich zu erforschen. Dagegen ist es gelungen, die Methoden und die Wege, mit denen die Agitation an die Menschen herantritt, und die Aufgaben und Mittel der Propaganda wissenschaftlich einwandfrei darzustellen.

Die Arbeit Hellmut Heuers zeigt, wie unter dem Einfluß der zentralen Verwaltungswirtschaft Wirtschaftsdanken, Wirtschafts- und Betriebsführung sich in der sowjetischen Zone haben wandeln müssen. Man erhält eine gute und klare Vorstellung von der Kompliziertheit der Planaufstellung und -durchführung. Bei der Interdependenz aller Zweige und aller Teile der Volkswirtschaft und der Betriebe wird deutlich, wie Fehlplanungen oder mangelhafte Durchführung der Pläne Wirkungen auslösen müssen, die sich verstärkt von einer Stelle aus weithin hemmend und störend auswirken müssen, und daß eigentlich ein glatter Ablauf des Planes kaum möglich ist.

Bodo Böttcher zeigt die Veränderungen in der industriellen Struktur der sowjetischen Zone. Die Schwierigkeit der Untersuchung bestand vor allem in der Beschaffung und der Auswertung des notwendigen Zahlenmaterials. Das ist, soweit es unter den heutigen Verhältnissen möglich ist, auch gut gelungen.

W. M. Frhr. v. Bissing-Berlin

Kneschaurek, Francesco: *Die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als Mittel der Wirtschaftsanalyse und Wirtschaftspolitik*. Die nationale Buchhaltung unter Berücksichtigung ihrer Anwendungsmöglichkeiten in der Schweiz. (St. Galler Wirtschaftswissenschaftliche Forschungen, Bd. 14.) Zürich und St. Gallen 1958. Polygraphischer Verlag A.G. 211 S., Beiheft 20 S.

Soweit in der Kritik, worauf H. König (*Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung als Instrument der Wirtschaftspolitik*, Zeitschr. f. d. ges. Staatswissenschaft, 114. Bd., 1958, S. 385) hindeutet, die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung „als die ökonomische Weltanschauung der Planwirtschaftler“ determiniert wird, kann und muß man einer derartigen Hypothese, mag diese auch gewisser Jahrespläne wegen an sich zunächst bestehen, das sachlich gesicherte Fazit entgegenhalten, daß überall der moderne Staat, ob Diktatur oder Demokratie, durchweg „ein wichtiger mitgestaltender Faktor des Wirtschaftslebens geworden“ ist (D. Schiele, *Die Dienstleistungen des Staates in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung*, Schmollers Jahrb., 78. Jahrg., 1958, S. 169) und er infolge der Ausweitung seiner Tätigkeit im wirtschaftlichen und sozialen Bereich einfach unumgänglich durch Zahlen unterbaute Übersichten benötigt, um eine den Erfordernissen der Allgemeinheit angemessene Wirtschaftspolitik betreiben zu können. Angesichts dessen ist es mithin wohl tunlich und nicht zu früh, wenn das Problem der Einführung einer Gesamtrechnung nunmehr

auch in der Schweiz ventiliert wird, wo ja die Regierung ebenfalls, so sehr zwar sonst noch marktwirtschaftliche Grundsätze die Oberhand haben, nicht erst neuerdings in das Räderwerk der Wirtschaft eingreift.

Kneschaurek will freilich darüber hinaus, nachdem in dem bisher publizierten Schrifttum der Aufbau einer Gesamtrechnung zumeist allein von der Statistik und Erfassungstechnik her oder nach ökonomischer Methodik behandelt wurde, zugleich versuchen, die Gesamtrechnung, hier beschränkt auf die nationale Buchhaltung, von vornherein so zu gestalten, daß sie sowohl in der „Wirtschaftsanalyse“ als in der „Wirtschaftspolitik“ angewandt werden kann. Für das Erreichen des Zieles, das in der Tat die Schließung einer Lücke bedeutet, scheint allerdings die Ausgangskonstellation gerade in der Schweiz insofern ziemlich mäßige Chancen zu versprechen, als dort weder eine Produktionsstatistik geführt wird, noch, wie E. Böhler (Der Kapitalmarkt im Rahmen der Konjunkturpolitik, Neue Zürcher Zeitung, Fernausgabe Nr. 277/9 vom 9./11. 10. 1957) aus Interesse an der Konjunkturbeobachtung bedauert, „vollständige Schätzungen der Investitionen und Ersparnisse“ existieren. Um aber trotz der einzig im Quantitativen ruhenden Erschwernisse, die notabene der Verfasser auch ausdrücklich in Rechnung stellt, dem Endzweck der Schrift gemäß doch praktisch brauchbare Möglichkeiten ausfindig zu machen, wird deshalb nach mustergültiger Umschreibung der Fundamente und Konten der nationalen Buchhaltung in den beiden folgenden Kapiteln Punkt für Punkt die Eignung einer solchen Buchhaltung als analytisches und wirtschaftspolitisches Informations- und Arbeitsinstrument ergründet, wobei im ersten Falle das mannigfache, teils in souveräner Gruppierung für die spezielle Aufgabe ausgebreitete Datenmaterial auf die nationale Buchhaltung der USA zurückgeht, im zweiten Falle dagegen auf die niederländische Wirtschaftsplanung, m. a. W. also jeweils auf ein eingespieltes Verfahren. Ob man das Resumée mitsamt dem der schweizerischen Wirtschaftspolitik erteilten Rat zur Handhabung des demonstrierten Werkzeuges unterzeichnet oder nicht, dem Haupteinwand, der erhoben werden könnte, kommt Kneschaurek selbst zuvor, indem er durch die Ermahnung, die „offizielle Statistik“ zu vervollständigen, den Finger auf die wirklich wunde Stelle im Aussagewert jeder Gesamtrechnung legt, und was besonders die vorgenannten Mängel der schweizerischen Statistik betrifft, so leitet die Ausschöpfung der zwei benützten Beispiele per se zu der relevanten Einsicht, für Länder mit langjähriger Gesamtrechnung sind vor allen Dingen die privaten Investitionen genau so Schmerzenskinder wie für die Schweiz, nicht nur erfassungstechnisch (vgl. E. Koch, Die Selbstfinanzierung in der Sozialproduktsberechnung, Der Volkswirt, 12. Jahrg., Nr. 36 vom 6. 9. 1958), sondern auch bei kurzfristiger Analyse. Das in der Schrift zitierte Zurückbleiben der amerikanischen Investitionen während der Konjunkturjahre 1942—1944 hat mindestens im Jahre 1955 dadurch ein eklatantes Gegenstück gefunden, daß die ursprünglichen Projekte, die zudem ge-

genüber 1954 eine Reduktion vorsahen, von den effektiven Investitionen beachtlich übertroffen worden sind, und den Erfahrungen nach möchte man die Formulierung, „der Einfluß der Unternehmerantizipationen“ lasse sich „zahlenmäßig schwer erfassen“ (S. 166), in dem Sinne erweitern, die von den Erwartungen der Unternehmer abhängigen Investitionen sind im voraus überhaupt nicht exakt berechenbar. Daran ändert auch nichts die direkte Befragung der Unternehmer über in Aussicht genommene Investitionen. Im übrigen bekundet der Modus, so der Verfasser mit Recht, lediglich „eine rein statische Betrachtungsweise“.

Die nicht zuletzt wegen des unkomplizierten Arbeitsstiles ausgezeichnete Untersuchung gesellt sich ebenbürtig zu der bekannten Literatur über das gleiche delikate Thema; auf die angekündigten Bände, die in derselben feinen Art dem Entwurf einer Input-Output-Rechnung sowie einer Geld- und Kreditrechnung gelten sollen, darf man darum sehr gespannt sein.

A r t h u r D i s s i n g e r - R a v e n s b u r g

K a p p, K. William: *Volkswirtschaftliche Kosten der Privatwirtschaft*. Übersetzt im Auftrag der List Gesellschaft von B. Fritsch. Mit einem Vorwort von E. Salin. (Hand- und Lehrbücher aus dem Gebiet der Sozialwissenschaften, herausgegeben von E. Salin, G. Schmölders, A. Spiethoff †.) Tübingen und Zürich 1958. Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) und Polygraphischer Verlag AG. XV, 228 S.

„Die meisten Vertreter der neoklassischen Werttheorie“ würden die volkswirtschaftlichen Kosten „als geringfügige Störungen“ betrachten, „bestenfalls“ als „extern“ und „außerwirtschaftlich“ (S. 8, 13, 18, 20 und 201); ein Ignorieren derartiger Kosten in einem „Wirtschaftssystem“, das dem privaten Unternehmer die Abwälzung von „Teilen der Produktionskosten auf die Gesellschaft oder Einzelpersonen“ gestatte (S. 10 und 18), verletze jedoch das humanistische Gebot „der Achtung vor der menschlichen Persönlichkeit“, weshalb hiergegen sowohl „durch eine entsprechende Sozialgesetzgebung“ als auch „durch eine Erweiterung des nationalökonomischen Denkens“ angegangen werden müsse (S. 18 f.). Kurzum, Einbau der Gesamtheit volkswirtschaftlicher Kosten in die theoretische Wirtschaftsanalyse ist das Motto dieses Buches. Daß bei Beschäftigung mit dem Kostenproblem die Kritiker der klassischen Lehre, Historische Schule und Sozialisten, und insbesondere die Neoklassiker Marshall und Pigou nicht über einzelne Ansätze hinausgelangten (S. 6 f., 13 und 26 ff.), hat nach Kapp u. a. die Langlebigkeit „vorgefaßter Meinungen“ verschuldet (S. 23 f.); unbeschadet dessen dürfte freilich Salins Ansicht, derzufolge die Art von Kosten „in früherer Zeit“ einfach nicht das Ausmaß und Gewicht wie heute besessen hätte (S. VII), den Kausalnexus noch tiefer an der Wurzel erfassen.

Muß auch eben wegen des gekennzeichneten Kontrastes gegenüber dem vergangenen Zustand aufrichtig bedauert werden, daß das Vor-

haben von Salin, den Autor für die deutsche Ausgabe seines Werkes zum Ersetzen der amerikanischen Zahlenbeispiele durch europäische zu bewegen (S. V), gescheitert ist, so haben sich nichtsdestoweniger alle Beteiligten an der Publikation um deswillen ein bleibendes Verdienst erworben, weil dem deutschsprachigen Leser das Phänomen der volkswirtschaftlichen Kosten erstmalig in ganzer Breite aufgezeigt wird. Denn es ist schon so, wie Salin sagt, „das wissenschaftliche Problem“ ist immer und überall das gleiche (S. VIII). Unterschiede bestehen beim Vergleich der Länder untereinander allein in der Größenordnung, der bereits praktizierten Lösungen und der Dringlichkeit der noch zu leistenden Abhilfe. Gemessen an den wahrhaft instruktiven Ausführungen über den Stand in der amerikanischen Wirtschaft mögen etwa folgende Divergenzen herausgehoben sein: Der „Beeinträchtigung des Menschen“ (S. 41 ff.) ist in Großbritannien durch den allgemeinen Gesundheitsdienst ziemlich umfassend vorgebeugt worden und in Westdeutschland zusätzlich zur Kranken- und Unfallversicherung durch die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle. Während im Kapitel „Gewässerverunreinigung“, soweit diese durch Öl erfolgt, lediglich die nachteilige Verschmutzung des Wassers durch die Ölförderung beleuchtet wird und speziell die des Meeres durch die Schifffahrt (S. 71 ff. und 79 f.), bezieht sich die westeuropäische Klage auf die katastrophale Dimension der Verunreinigung als Begleiterscheinung der stetig wachsenden Motorisierung des Straßen- und Schiffsverkehrs sowie des steigenden Konsums von Heizölen. Die ernste Gefahr ruinöser Vergeudung spricht zudem deutlich genug aus dem vor kurzem von Bundesminister Balke erlassenen Aufruf zur Reinhaltung von Wasser wie auch von Luft (vgl. S. 58 ff.). Pessimistisch stimmen kann ferner, daß Kapp beim Abschätzen der „Energiequellen“ ein Verzögern der Auswertung der Kernenergie „für industrielle Zwecke“ um „Jahrzehnte“ nicht ausschließt (S. 94) und sich damit einer Argumentation nähert, die neuerdings noch pointierter in der Bundesrepublik zu hören ist (vgl. O. Schulz-Arenstorff, Auswirkungen der Kernenergienutzung auf die Wirtschaftsstruktur, Wirtschaftsdienst, 38. Jahrg., 1958, S. 687 ff.). Wenn in dem Kapitel über „Transportwesen“ eine Koordination sämtlicher Verkehrsträger auf nationaler und internationaler Ebene empfohlen wird, um den Volkswirtschaften Verluste zu ersparen (S. 172 und 174), so deckt sich der Rat zwar völlig mit den westeuropäischen Intentionen, die allerdings nach wie vor auf dem Papier stehen; ein Realisieren der aus diesem Projekt abgeleiteten Folgerung, die „Gesamtkoordination“ der Verkehrsmittel bedeute „Nationalisierung“ (S. 179), würde aber sicherlich ebensowenig wie etwa die englischen Verstaatlichungsexperimente optimale Wirtschaftlichkeit einbringen. Auch eine „gesamtstaatliche“ Koordinierung der wissenschaftlichen Forschung (S. 186), so eminent vorteilhaft sie an sich wäre, muß wohl im großen und ganzen Utopie bleiben, solange keine Zwangswirtschaft herrscht. Das besagt indessen nicht, daß industrielle Unternehmungen überhaupt jede Zusammenarbeit rundweg ablehnen (vgl. S. 184). Abgesehen von dem Erfah-

rungsaustausch, den z. B. die Nachfolger der IG-Farben üben, ist erst neulich in Industriekreisen der Schweiz „eine bessere Konzentration“ der industriellen Forschung propagiert worden (vgl. Die Problematik industrieller Forschungskosten, Neue Zürcher Zeitung, Fernausgabe Nr. 43 vom 13. 2. 1959).

Der Vorhalt in bezug auf die beiden Koordinationspläne hindert jedoch keineswegs, grundsätzlich einer Implizierung der volkswirtschaftlichen Kosten in ein theoretisches Modell zuzustimmen (vgl. S. 201), das auch „dynamische Veränderungen“ der Wirtschaft berücksichtigt (S. 212). Und da immerhin namhafte Kosten ja unter dem Regime der Marktwirtschaft bereits einbezogen worden sind und noch werden, ist hingegen andererseits nicht einzusehen, warum eigentlich die Wettbewerbsordnung zum alten Eisen geworfen werden soll.

Arthur Dissinger - Ravensburg

Fürstenberg, Friedrich: *Probleme der Lohnstruktur*. Die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Lohnunterschiede. Tübingen 1958. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). VI, 116 S.

Die Entwicklung der wissenschaftlichen Debatte über lohntheoretische und lohnpolitische Probleme verläuft nicht kontinuierlich, sondern je nach der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Situation folgen Zeiten eines Zurücktretens von Veröffentlichungen auf diesem Gebiete stoßartig Jahre, in denen eine Vielzahl von Büchern, Schriften und Aufsätzen davon zeugt, wie intensiv dieser Bereich in das Rampenlicht der Forschung und Auseinandersetzung in Theorie und Praxis gerückt ist. Um in Deutschland die letzten drei Jahrzehnte als Beispiel zu nehmen: in der Weimarer Republik folgte von 1927 bis 1932 eine bedeutsame Veröffentlichung über Lohnfragen der anderen, und zwar sowohl von streng wissenschaftlicher als auch von verbandspolitischer Seite mit der Kaufkrafttheorie des Lohnes im Brennpunkt, und in der Bundesrepublik hat das Stichwort aktive bzw. expansive Lohnpolitik seit 1953 eine vor allem soziologisch vertiefte Behandlung der Lohnprobleme auf den Plan gerufen und so für die Meisterung des Interessenkonflikts zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern das theoretische Rüstzeug erheblich verfeinert, wofür das Buch von Erich Arndt der eindrucksvollste Beleg ist. Ihm folgt nunmehr Friedrich Fürstenbergs „Probleme der Lohnstruktur“, ein Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung der Lohnunterschiede. Ausgehend von einer Betrachtung der Lohnstruktur als Objekt sozialökonomischer Analyse, wobei auf Adam Smiths 10. Kapitel des 1. Buches zwar hingewiesen, die diesbezügliche Interpretation (vgl. die Festschrift für Georg Jahn, 1955) auch nicht im Literaturverzeichnis erwähnt wird, werden im ersten Teil Komponenten und Merkmale der Lohnstruktur aufgeführt. Es entspricht dies der Tendenz amerikanischer Spezialisten auf dem Gebiete des Lohnproblems, wie John T. Dunlop und Lloyd G. Reynolds, die auch die Formulierung einer allgemeinen Lohntheorie fallen lassen zugunsten einer differenziellen Betrachtung der Lohnstruktur. Unter Lohnstruktur versteht F. „das

Netzwerk der verschiedenen effektiven Lohnsätze . . . , auf Grund dessen sich der Anteil der Arbeitseinkommen am Sozialprodukt auf die verschiedenen Träger von Arbeitsleistungen verteilt“. Über die bloße Darstellung der zwischenbetrieblichen, regionalen und beruflichen Lohnunterschiede hinaus (auch das Problem der Männer- und Frauenlöhne wird behandelt) wird der Versuch unternommen, eine Erklärung für diese Verdienstvariationen zu geben. Das zweite Kapitel steigt auf zu einer Klärung der wirtschaftlichen und sozialen Funktionen der Lohnunterschiede. Es wird die These aufgestellt: „Die wirtschaftliche Funktion der Lohnunterschiede, die jeweilige Leistungshierarchie auszudrücken, und ihre soziale Funktion, die bestehende Geltungshierarchie widerzuspiegeln, sind voneinander nicht unabhängig.“ Es bestehe die Tendenz einer gegenseitigen Entsprungung.

Schon die klassische Schule (man vergleiche Ricardo) sah ihre Hauptaufgabe in einer Betrachtung der Bewegungen des Lohnes. Auch F. widmet sein drittes Kapitel den „Veränderungen der Lohnstruktur“, die zugleich Indizes der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der sozialen Spannungen und ihres Ausgleichs sind. Berücksichtigt werden der Einfluß der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, der Wirtschaftsphasen, der technologischen, der kulturellen Veränderungen und der Einfluß staatlicher Maßnahmen, ein Beleg dafür, wie mannigfaltig die Faktoren sind und damit zugleich die Schichten der Betrachtung, die für eine Analyse der Lohnstruktur bestimmend sind. Den Abschluß bildet das Problem einer Rationalisierung der Lohnstruktur; denn die historische Linie ist durch den Übergang von traditionellen zu rationalen Lohnvorstellungen gekennzeichnet. Eindringlich wird in diesem Zusammenhang die Grenzproduktivitätstheorie des Lohnes behandelt. Ausführlich kommen die Versuche analytischer Arbeitsbewertung in den Industrien verschiedener Länder zu Worte. Bei der Zusammenfassung der Ergebnisse wird auf die Bedeutung der außerwirtschaftlichen Einflüsse, der Imponderabilien hingewiesen und schließlich auch die „Lohngerechtigkeit“ gestreift, ohne daß die in Frage kommende Literatur im Verzeichnis genannt wird (als Beispiel sei Herbert Schacks Aufsatz über den richtigen und gerechten Lohn in Schmollers Jahrbuch, 73. Jg., 4. Heft, erwähnt). Die gut gegliederte und klar geschriebene Studie sei allen, die sich über den Bereich der Lohnstruktur informieren wollen, wärmstens empfohlen.

F r i e d r i c h B ü l o w - B e r l i n

R o e p e r, H a n s : *Die Automatisierung*. Neue Aspekte in Deutschland, Amerika und Sowjetrußland. Stuttgart-Degerloch 1958. Verlag Dr. Heinrich Seewald. 242 S., 15 Abbildungen.

Mit welcher Leidenschaftlichkeit ist doch die Phase der technischen Entwicklung, wofür vor über 10 Jahren das Wort „Automation“ oder „Automatisierung“ geprägt wurde, inzwischen sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer Perspektive zerpfückt worden, und dabei trifft nach wie vor zu, daß einige Ausstrahlungen der Automati-

sierung — so Th. Keller über „Probleme der Automation“ in der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom August und September 1958 — vorerst gar nicht „klar abzusehen“ seien, „weshalb Vermutungen und Spekulationen oft an die Stelle exakter Erkenntnis treten“. Auch in der anzuzeigenden Schrift mußten, zumal sich der Zweig der Technik vielleicht noch mehr als mancher andere in vollem Fluß befindet, etliche Hypothesen aufgestellt werden. Die entworfenen Zukunftsbilder sind indessen frei von Einflüssen politischer Dogmen und zweckbestimmter Tendenzen, vielmehr fußen sie, abgesehen von solider Kenntnis der Literatur, ausnahmslos auf zahlreichen Betriebsbesichtigungen sowie regem Gedankenaustausch mit Experten, und zuvörderst dieses unvoreingenommene Eindringen in dynamische Begebnisse der Wirtschaft hat wohl dem Verfasser wie schon Autoren vor ihm sichtbar gemacht, daß die Automatisierung nichts anderes ist als das Resultat eines kontinuierlichen Ausreifens alter Mechanisierungs-Methodik, die vermeintlich grundlegende Neuerung folglich keinesfalls den Beginn einer zweiten industriellen Revolution bedeutet. Außer den von Roeper genannten automatischen Maschinen aus früherer Zeit sei insbesondere auf die in der Armbanduhrenindustrie bereits vor Jahrzehnten verwendeten „Präzisions-Automaten“ hingewiesen. Das Vorstadium der Automatisierung war aber ebensowenig von technologischer Arbeitslosigkeit begleitet wie die durch perfektere Technik bei gleichzeitiger Vollbeschäftigung gekennzeichnete Nachkriegsperiode. Selbst wenn nämlich die in der Schrift zitierte amerikanische Schätzung, wonach die Automatisierung jährlich ungefähr 0,5 vH aller Beschäftigten freisetze — eine weitere Schätzung aus den USA besagt, in den nächsten 20 Jahren würden 10 bis 20 vH der Arbeitnehmer betroffen —, nennenswert unter der tatsächlichen Relation liegen sollte, dem steht jedenfalls gegenüber, daß die Expansion der elektronischen Industrie — nach E. Bendheim (Wirtschaftsdienst, 39. Jahrg., 1959, S. 92) versechsfachte sich zwischen 1954 und 1958 allein die Erzeugung von „Electronic Computers“ — und des Maschinenbaues „in erheblichem Umfange neue Arbeitsplätze geschaffen“ habe. Und darum ist anscheinend auch von dem außerordentlichen Schrumpfen der Arbeiterzahl im US-Kohlebergbau als Folge der Mechanisierung bei etwa gleichbleibender Förderung und unverändertem Verkaufspreis erst anlässlich der heutigen Exportschwierigkeiten Notiz genommen worden. Weil nun neben dem für Fortschritt aufgeschlossenen Glauben der Amerikaner, was allerdings der Verfasser wahrscheinlich in Anbetracht des damaligen Geschäftsganges unberücksichtigt ließ, schon seit der Weltwirtschaftskrise ein ausgesprochenes Bedürfnis nach Sicherheit des Arbeitsplatzes einhergeht, wird ferner verständlich, wenn man die trotz Konjunkturerholung 1958 monatelang stagnierende Arbeitslosenziffer mit der Automatisierung in Zusammenhang zu bringen versuchte. Derartige Kombinationen verloren freilich rasch an Stichhaltigkeit, als die Arbeitslosigkeit im Frühjahr 1959 über das saisonübliche Maß abnahm. Vor allen Dingen darf nicht vergessen werden, daß, und Roeper beruft sich

hierzu auf eine kompetente Instanz in den USA, „nur bei 16 Prozent der gegenwärtigen Fertigungsvorgänge eine Vollautomatisierung wirtschaftlich lohnend sei“, und daß „die Nachfrage nach Dienstleistungen“ unausgesetzt steige, das Gebiet der Dienstleistungen sich jedoch — menschlichem Ermessen nach — der Automatisierung „weitgehend“ verschließe. Mit den Feststellungen wiederum und dem Nachweis, daß selbst Großbetriebe auf Zulieferanten zurückgreifen müßten, wird zugleich das wie die Freisetzung von Arbeitsplätzen am meisten umstrittene Problem der künftigen Existenzfähigkeit von Klein- und Mittelbetrieben positiv beantwortet. Mag auch das Thema als Ganzes über kurz oder lang nicht eindeutig ausschöpfbar sein, die gutgebildete Schrift entzieht ihm vorsorgend jede unnötige Schärfe.

Arthur Dissinger-Ravensburg

Drucker, Peter F.: *Die nächsten zwanzig Jahre*. Ein Blick auf die Wirtschaftsentwicklung der westlichen Welt. Düsseldorf 1957. Econ Verlag. 171 S.

Sternberg, Fritz: *Die militärische und die wirtschaftliche Revolution*. Berlin und Frankfurt am Main 1957. Verlag Franz Vahlen GmbH. 334 S.

Das Thema beider Bücher ist die „Automation“ oder die „zweite technische Revolution“. Drucker geht bei seiner Untersuchung, einer Übersetzung aus dem Amerikanischen, das Problem, wie es sich in den Vereinigten Staaten stellt (die Verhältnisse in Europa sind durch den deutschen Bearbeiter eingeleitet), direkt an. Ausgangspunkt ist die „bevölkerungspolitische Revolution“, die nach seiner Meinung innerhalb der nächsten zwanzig Jahre zu einer Verdoppelung der Bevölkerung in den USA führen werde; das sei die Hälfte der Zeit, die bisher dazu notwendig war. Das Ergebnis dieser Entwicklung werde ein paradoxer Zustand sein, nämlich Arbeitermangel. Erstens, weil die Bevölkerungspyramide die Zahl der Erwerbspersonen nicht entsprechend ansteigen lassen werde, und zweitens, weil die Automatisierung ein außerordentliches Mehrangebot an geschulten Kräften erfordere. Von diesen sozialen Erwartungen aus nimmt der Verf. Stellung zu der „Roboter-Produktion“ und erörtert ihre finanziellen und wirtschaftlichen Folgen. Eine der am schwersten wiegenden, die uns schon heute bei dem Gedanken an „menschleere Fabriken“ bedrängt, nämlich die Frage der Arbeitslosigkeit, glaubt der Verf. auf weite Sicht zuversichtlich beurteilen zu können. Eine Einstellung, die durch die praktischen Erfahrungen, insbesondere auch mit der „ersten technischen Revolution“, eine gewisse Berechtigung und Bestätigung erfährt. Wenn er sich jedoch statt dessen auf die kommunistische Planwirtschaft beruft (S. 38), so ist das als abwegig zu bezeichnen, weil hier Arbeitslosigkeit und Krisen mit Mitteln verhütet werden, die in der westlichen Welt unanwendbar sind, aus Prinzip. Dieses Prinzip ist es auch, das seinen schematischen, zu unseren Ungunsten ausfallenden Vergleich zwischen dem Bildungswesen bei uns und im Osten einseitig erscheinen läßt.

In diesem Urteil stimmt er mit Sternberg überein, der (S. 46 ff.) unter Berufung auf amerikanische Quellen in alarmierender Weise darauf hinweist, daß die Sowjetunion jährlich 120 000 Wissenschaftler und Ingenieure ausbilde (nach dem neuen, 1959 angelaufenen Siebenjahrplan sind es sogar mehr als 300 000, bei einem „Gesamtplansoll“ von 2,3 Millionen), während in den USA nur 70 000 Graduierte die Hochschulen verließen. Man braucht die Verhältnisse nicht an Ort und Stelle erlebt zu haben, um zu erkennen, daß es hier nicht allein auf die Quantität, sondern vor allem auf die Qualität ankommt. Aus diesem Grunde dürfte es sich für uns, unbeeindruckt von solchen Rechnungen, empfehlen, das Gros der für die Automation notwendigen Fachkräfte, wenigstens von der zweiten Welle an, auf den Höheren Technischen Lehranstalten heranzubilden, wodurch unsere Hochschulen, in Verbindung mit einer strengeren Auslese, wieder mehr für ihre eigentliche Aufgabe, die Forschung, und zwar nicht allein auf dem Gebiete der Naturwissenschaften, frei gemacht werden könnten.

Im übrigen steht die Bedeutung dieser Frage für unser gesellschaftliches Leben außer Zweifel, wie auch ihr Zusammenhang mit der „militärischen Revolution“ durch nukleare Waffen und Raketen, denen der Verf. einen großen Teil seines Buches widmet, offenkundig ist. Ob man die Entwicklung auf beiden Gebieten, wie der Verf., unter dem Gesichtspunkt von Ursache und Wirkung sehen kann, erscheint strittig; wir möchten meinen, daß die friedliche Anwendung der Kernspaltung genau so rasch auch ohne den Zwang zur (gemeinsamen) Verteidigung vorangekommen wäre. Was der Verf. zu diesem Problem ausführt, behält im allgemeinen seine Gültigkeit, wenschon er die in mehr als einer Hinsicht „bahnbrechende“ Erscheinung des „Sputnik I“ nur in einem Anhang behandeln konnte. Von der aktuellen Politik aus gesehen, verdient die Feststellung hervorgehoben zu werden, daß die Bedrohung der Welt in der ideologisch verbrämten Form des Militarismus liegt. Daraus folgt aber, daß die „Schicksalsfront“ der Weltpolitik, um einen etwas abgenutzten Begriff der politischen Geographie zu verwenden, nicht nur zwischen Reichtum und Armut, wofür die Wirtschaftssysteme eintreten, sondern in vorderster Linie zwischen Freiheit und Unfreiheit verläuft.

Julius Gumpert - Berlin

Lampe, Adolf: *Umriss einer Theorie des Handels*. Aus dem Nachlaß herausgegeben von R. Rohling. (Schriftenreihe der Forschungsstelle für den Handel, Dritte Folge Nr. 1) Berlin 1958. Verlag Duncker & Humblot. 62 S.

Zu der schmalen Broschüre ist außer Rohling auch J. Tiburtius dankbare Anerkennung zu spenden. Rohling, weil er die teilweise fragmentarisch hinterlassenen Manuskripte des um die Lehre des Handels hochverdienten Nationalökonomen mittels verbindender Erläuterungen druckreif gemacht hat, und Tiburtius aus dem Grunde, daß er — zusammen mit W. Britsch — die von J. Hirsch begonnene

Schriftenreihe mit dem letzten Werk Lampes unter Beigabe eines Vorwortes fortsetzt, das um so mehr gründliches Studium beanspruchen darf, als darin der spezifische Gehalt der theoretischen „Umriss“ mit anderen Lehrmeinungen verglichen wird. Durch Tiburtius erfährt man aber ferner, wie der Verstorbene immer wieder seine Gedankengänge in die Wirtschaft hineinzutragen bemüht war, und wenn andererseits Lampe in den unvollendeten, als 2. und 3. Abschnitt aufgenommenen Ausführungen über Spannungssystematik und Handelsformenlehre die Notwendigkeit vermerkt, zur „Überprüfung“ der Theorie Erkundigungen bei der Praxis einzuholen, so ist wahrscheinlich die Annahme kaum gewagt, daß zuvörderst wohl der ununterbrochene Konnex mit der wirtschaftenden Welt und deren Triebkräfte zum Ableiten des Handels aus „einer Urfunktion“, nämlich aus der „Ausrichtung des Angebotes auf die Nachfrage“, inspiriert hat. Denn die entwicklungsgeschichtlich nachgewiesene „Doppel­poligkeit der Unternehmerfunktion“ — Produzieren und Ausrichten auf den Markt — besteht an sich unvermindert weiter und seit zunehmender Aufteilung durch Verselbständigen des Handels erst recht die im Kern „natürliche“ Spannung zwischen den zwei Polen. Im Verein mit der Massenerzeugung, die eben Massenkonsum bedingt, mußte sich diese Spannung jedoch in neuerer Zeit abermals von den Tagen an zusehends verschärfen, wo den absatzfördernden Fabrik­marken ein erster Widersacher in den Handelsmarken erwuchs, Kartelle als Maßnahme gegen Preisdruck seitens des Handels ausschieden, der Modewechsel bei gleichzeitiger Verkürzung von dessen Intervallen in nie geahnter Dimension auf bisher modischem Wandel nicht unterliegende Waren erstreckt wurde, ganz zu schweigen von dem Übergang des Verkäufermarktes in einen Käufermarkt, und als zu guter Letzt die Aufnahmebereitschaft der Verbraucher Merkmale der Abschwächung erkennen ließ, die Nachfrage sich wie einst, um Lampes Worte zu gebrauchen, als „übergeordnete Instanz“ abzeichnete, verlegten sich vorab die kapitalkräftigen Unternehmen, um die erhöhte Spannung einigermaßen zu neutralisieren, in gewisser Rückbildung zum Urzustand auf vertikale Betriebskonzentration. Die Industrie gründete oder gliederte sich Handelsunternehmen an, während umgekehrt der Handel auf irgendeinem Weg in die Produktionsstufe eindrang. Selbst Versandhäuser, die nach Einbürgerung des Konsumenten­kredites Umsätze scheffeln konnten, haben in der Erzeugung Fuß gefaßt. „Verlängerter Arm“ zu sein (S. 40), die Rolle spielen folglich nicht allein Händler, sondern jetzt auch industrielle Unternehmen, und der Zusammenschluß jeglicher Schattierung wiederum verdeutlicht auf Antrieb, weshalb Tiburtius der „Erhaltungsfunktion“ des Handels ein so großes Gewicht beimißt. Mit Ausnahme dieses Stichwortes kann ein sonstiges Betrachten der Konzentrationsphase unter den Tisch fallen, die Schrift bietet ohnehin genug prächtige Ansatzpunkte, die zu ertragreicher Ausarbeitung geradewegs verlocken.

Arthur Dissinger-Ravensburg

Kruse, Alfred: *Außenwirtschaft*. Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Berlin 1958. Duncker & Humblot. XVI, 660 S.

In Adolf Webers Gesamtwerk „Volkswirtschaftslehre“ erscheint Kruses „Außenwirtschaft“ als III. Band. Sie stellt gegenüber dem aus der Feder des Münchener Altmeisters stammenden Teilstück „Internationale Wirtschaftsbeziehungen — Außenhandel und Außenhandelspolitik“ der Erstausgabe von 1933 eine völlige Neubearbeitung dar, die den mannigfachen tiefgreifenden Wandlungen der Weltwirtschaft und den Fortschritten der Außenwirtschaftslehre während der letzten zweieinhalb Jahrzehnte durchweg Rechnung trägt und ein lückenloses Gesamtbild von Theorie und Praxis der auswärtigen Wirtschaftsbeziehungen zeichnet, das an Prägnanz und Anschaulichkeit nichts zu wünschen übrig läßt.

Das Buch ist in acht Abschnitte gegliedert. Der erste behandelt die allgemeinen terminologisch-systematischen Grundlagen und die Geschichte der Außenwirtschaftstheorie, der zweite befaßt sich mit den Ursachen des internationalen Handels und der Bewegungen der Produktionselemente, mit den Fragen des Außenhandelsgewinns und der Bevölkerungsdynamik und grenzt die Bereiche des zwischenstaatlichen Kredit-, Kapital-, Geld- und Güterverkehrs voneinander ab, wobei auch die Bedeutung des Transportwesens (speziell der Seeschifffahrt) ausführlich zur Sprache kommt. Der dritte Abschnitt unterrichtet einleitend über die Gliederung und den Aussagewert der außenwirtschaftlichen Bilanzen sowie über die Mechanismen des Zahlungsbilanzausgleichs und führt sodann mustergültig in die einzelnen Währungssysteme ein. Im vierten und fünften Abschnitt wird der Leser mit dem ganzen Instrumentarium der Ein- und Ausfuhrpolitik vertraut gemacht; daß hierbei der Technik, den Wirkungen und der kritischen Würdigung der Zollpolitik weitaus am meisten Raum gegeben wird, liegt in der Natur der Sache. Während der sechste Abschnitt der internationalen Konjunkturverbundenheit (unter Betonung der Schlüsselstellung der USA), dem Beschäftigungsprotektionismus und den Einflüssen des internationalen Geld- und Kreditverkehrs auf die Beschäftigungslage gewidmet ist, werden im siebten die Beziehungen zwischen Marktform und Außenhandel (Unternehmenszusammenschlüsse, Dumping, Rohstoffabkommen, Staatshandelsmonopole usw.) erörtert. Im achten Abschnitt schließlich schildert der Autor die institutionellen Ansätze und die Erfolge auf dem Wege zur Neuordnung der Weltwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg (Internationaler Währungsfonds, Europäische Zahlungsunion, Europahilfe, Montanunion, Benelux, Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Freihandelszone, Förderung der Entwicklungsländer), ohne in dieser detaillierten Berichterstattung seine begründete Kritik schuldig zu bleiben. Zu jedem Unterabschnitt wurden reichhaltige Literaturhinweise gesammelt, und ein stattliches Personen- und Sachregister erleichtert die Lektüre dieses Lehrbuches auch zu Einzelfragen und läßt es zugleich als Nachschlagewerk dienen.

Welche Maßstäbe man auch immer anlegen mag, ob man nun auf wissenschaftliche Akribie, historisch-datenkundliche Vollständigkeit, klare Stilistik, unvoreingenommene Wertungen oder didaktisches Geschick abstellt, Kruses „Außenwirtschaft“ wird allen Erfordernissen eines zeitnahen Lehrbuches gerecht. Es ist die Frucht gereifter Einsicht und Methodik, unbefangenen Bekennens der eigenen Überzeugung in kontroversen Fragen und — nicht zu vergessen — mühevoller Kleinarbeit, die auch in scheinbar nebensächlichen Erörterungen deutlich zutage tritt. In all dem, ja oftmals bis in die Diktion hinein erweist sich der Verfasser als Weber-Schüler par excellence.

Das Werk wird im Hochschulunterricht nützliche Dienste leisten, und man möchte wünschen, daß es gerade im akademischen Nachwuchs eine breite Leserschaft findet. (Wie die Masse unserer Studierenden eine so kostspielige Anschaffung finanzieren kann, steht freilich auf einem anderen Blatt, wenn diese Bemerkung hier erlaubt ist.)

Am Rande seien nur wenige Ausstellungen gemacht: Zur Berichtigung und Abrundung des Urteils über die europäische Auswanderung nach Übersee (S. 89 f.) weiß Charlotte Erickson (*American Industry and the European Immigrant 1860—1885*, Cambridge, Mass. 1957) darüber zu belehren, daß die Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte in den Jahren nach dem Bürgerkrieg niemals jenen Umfang erreichte, wie ihn die amerikanischen Arbeitnehmerorganisationen zur Rechtfertigung restriktiver Eingriffe behauptet hatten; industrielle Kreise selbst haben sich nur gelegentlich um die Anwerbung qualifizierter Arbeiter aus Übersee bemüht, und von einer Massenrekrutierung ungelerner europäischer Arbeitskräfte seitens amerikanischer Bergwerks- und Eisenbahnunternehmungen kann vollends keine Rede sein. Weshalb wird S. 101 f. von den gewohnten Termini „Bruttozins“ und „Nettozins“ kein Gebrauch gemacht? Anerkennung verdient S. 165 Kruses Hinweis darauf, daß die Zahlungsbilanz formell stets ausgeglichen sein muß (was in den meisten Lehrbüchern einfach übergangen wird); konsequenterweise hätte dann aber auch Kruse selber nirgends vom „Saldo“ der „Zahlungsbilanz“ sprechen dürfen. Noch einige Corrigenda zur lehrgeschichtlichen Einleitung: Wilhelm von Hornigk starb nicht 1713 (S. 16), sondern 1712. Dudley Norths Werk von 1691 heißt „Discourses upon Trade“ (S. 18). Rudolf Hilferding lebte 1877—1941, nicht 1854—1938 (S. 27). Gustav Cassel starb 1945, nicht 1946 (S. 35). S. 7 wäre „San Salvador“ in „El Salvador“, S. 36 „Fritz F. Meyer“ in „Fritz W. Meyer“ umzuändern. S. 40 und 648 muß es richtig „L. J. Zimmerman“ heißen. Mehr fand der Merker nicht.

Antonio Montaner - Mainz

K l e m m , Hanns Wolfgang: *Die Grundlagen des deutschen Investitionsgüter-Exportes und die Möglichkeiten zur Mitarbeit von deutschen beratenden Ingenieurfirmen (Consulting Engineers)*. (Betriebswirtschaftliche Forschungen der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Technischen Universität Berlin. Berlin 1957. Verlag Duncker & Humblot. 169 S.

In den letzten Jahren ist im Zusammenhang mit dem Export kompletter industrieller und energiewirtschaftlicher Anlagen oder der Durchführung großer Projekte im Transportwesen im Ausland, vor allem in den Entwicklungsländern, der Begriff des „Beratenden Ingenieurs“ in den Vordergrund getreten und Gegenstand lebhafter Erörterungen geworden. Obwohl es beratende Ingenieure auch in Deutschland seit langem gibt, ist ihre Bedeutung in den angelsächsischen Ländern so ungleich viel größer, daß sich sogar die englische Bezeichnung „consulting engineers“ auch bei uns mehr und mehr durchgesetzt hat.

Wo immer in den angelsächsischen Ländern große Projekte im Energiewesen oder im öffentlichen Bereich durchgeführt werden, geschieht dies unter verantwortlicher Mitwirkung von consulting engineers, angefangen von der Planung über die Auftragsvergabe, die Überwachung der Projektausführung bis zur schließlichen Abnahme durch den Bauherrn. Energiegesellschaften und öffentliche Hand andererseits verzichten darauf, eigene umfangreiche Stäbe für diese Aufgabe zu halten und haben mit dieser Methode ausgezeichnete Erfahrungen gemacht. Selbst die Großindustrie wird kaum je ohne die Mitarbeit von consulting engineers an die Durchführung größerer Projekte herangehen. So haben sich in diesen Ländern eine große Zahl leistungsfähiger, finanziell und personell absolut unabhängiger Consulting Engineer-Firmen entwickelt.

In Deutschland liegen traditionell Planung und Durchführung von Projekten entweder in den Händen der Bauherren selbst oder aber bei den führenden Lieferfirmen, die leistungsfähige Projektierungsabteilungen haben. Auch dieses System hat sich unzweifelhaft bewährt.

Bedeutungsvoll ist die Frage vor allem in den sogenannten Entwicklungsländern geworden, wo angelsächsische und deutsche Firmen als Konkurrenten auftreten. Besonders die Weltbank, die nicht nur selbst die Durchführung einer Fülle von Großprojekten in aller Welt in die Hand genommen hat, sondern deren Methoden gerade von den Entwicklungsländern als besonders zuverlässig empfunden und deshalb vielfach übernommen werden, hat sich naturgemäß das angelsächsische System zu eigen gemacht.

Hieraus hat sich eine Reihe von teils tatsächlichen, teils scheinbaren Schwierigkeiten für deutsche Lieferfirmen ergeben, die zu einer lebhaften Auseinandersetzung über Für und Wider beider Systeme geführt haben.

Gegenstand der vorliegenden Untersuchung ist die ausführliche Untersuchung der Arbeitsweisen beider Systeme, ihrer jeweiligen Vor- und Nachteile und die Frage, ob im Interesse des deutschen Anlagenexportes auch in Deutschland das beratende Ingenieurwesen stärker als bisher entwickelt werden sollte.

Die Weltbank und mit ihr viele Entwicklungsländer sehen entscheidende Vorteile im angelsächsischen System. Die öffentliche Verwaltung und die Stäbe der Versorgungsunternehmen oder der In-

dustrie verfügen dort meist nur über eine bescheidene Zahl hochqualifizierter, für Planung und Durchführung kompetenter Kräfte. Bestechung ist zudem in vielen Ländern eines der großen kaum entzerrbaren Probleme, an deren Ausbreitung leider die mangelnde Solidarität der Lieferfirmen der Industrieländer und besonders ihrer örtlichen Vertreter nicht unschuldig ist. Der consulting engineer hingegen ist der fachkundige, von allen Lieferanteninteressen freie und allgemein von hohem Berufsethos getragene Beauftragte des Bauherrn, gewissermaßen sein Treuhänder, dessen einziges Interesse darin besteht, seinem Auftraggeber die Errichtung der für den gewünschten Zweck geeigneten Anlage sicherzustellen, gleichgültig, wo sie herkommt. Es ist eingewendet worden, daß auch Berater bestechlich oder zumindest beeinflussbar sein könnten, und Klemm legt überzeugend dar, daß schließlich auch eine Lieferfirma von Weltruf oder eine Projektierungsfirma, in deren Händen Planung und Durchführung liegen, und die als Generalunternehmer die einzelnen Lieferanten in einem Konsortium zusammenfaßt, um eben ihres Rufes und um künftiger Aufträge willen in mindest ebenso hohem Grade wie der consulting engineer vom Selbstinteresse gehalten ist, beste Planung und Ausführung zu liefern. Auch was technischen Entwicklungsstand und Preis anbelangt, so ist dem Verfasser zuzustimmen, wenn er darlegt, daß die Einschaltung eines Beraters durchaus nicht notwendig die Garantie für überlegene Leistung ist.

Welches auch im einzelnen das Für und Wider der Systeme ist, eine absolute Überlegenheit des consulting engineer läßt sich kaum nachweisen, obwohl der Verfasser die Frage für denjenigen, der amerikanische consulting engineers aus praktischer Arbeit kennt, mit einer für den Standpunkt der deutschen Industrie etwas zu günstigen Nuance beurteilt. Andererseits steht fest, daß der deutschen Industrie, die ihr System verteidigt, bisher tatsächlich auch bei Einschaltung von consulting engineers kaum Nachteile entstanden sind.

Zwar sind die technischen Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit deutscher Lieferfirmen mit angelsächsischen Ingenieurfirmen wegen manchmal unterschiedlicher technischer Grundauffassungen und wegen der verschiedenen Maßsysteme durchaus nicht gering. Doch beweist die bisherige Entwicklung zweierlei, nämlich einmal, daß die deutsche Industrie einen solchen Ruf und ein derartiges Können besitzt, daß sie sich damit unter allen Voraussetzungen behauptet, zum anderen, daß angelsächsische consulting engineers gegen den gelegentlich geäußerten Verdacht gefeit sind, Firmen oder technische Methoden ihrer Länder zu bevorzugen. Von jedem Dollar etwa, den die Weltbank herauslegt, gehen immerhin nahezu 20 Cent nach Deutschland.

Dem Versuch, auch in Deutschland im Hinblick auf die Aufgaben in den Entwicklungsländern den beratenden Ingenieuren eine über den gegenwärtigen Stand hinausgehende Bedeutung zu verschaffen, dürften die Voraussetzungen fehlen, wie der Verfasser mit Recht bemerkt. Zwar könnte und sollte in dieser Richtung, vor allem im Sinne einer gewissen Arbeitsteilung, einiges geschehen, doch ist für eine im inter-

nationalen Geschäft leistungsfähige, d. h. mit einem großen, für vielerlei Aufgaben qualifizierten Stabe arbeitende Ingenieurfirma Vorbedingung, daß sie ihre sichere wirtschaftliche Basis in laufenden inländischen Aufträgen findet, und eben dieses ist aus den oben- genannten Strukturgründen nicht der Fall.

Die Arbeit Klemms stellt einen schönen Beitrag zur Klärung einer Kontroverse und vor allem zur Ausräumung von Vorurteilen und Miß- verständnissen auf beiden Seiten dar, der besonders begrüßenswert ist, weil die deutsche Industrie in vielen Ländern der Welt in Zukunft in noch stärkerem Maße als bisher mit consulting engineers wird zu- sammenarbeiten müssen.

W o l f g a n g J a h n - Düsseldorf

T a c k e , E.: *Strukturprobleme in Entwicklungsgebieten*. Die Wirt- schafts- und Sozialstruktur in der Zentralfifel und die Möglichkeit ihrer Verbesserung durch Industrialisierung. Als Manuskript ver- vielfältigt. Bonn 1959. Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e. V. 4°. 159 S.

Die Eifel, vor allem die hier untersuchten Teile in den Kreisen Daun, Prüm, Ahrweiler und Mayen sind ohne Zweifel Entwicklungs- gebiete innerhalb der Bundesrepublik, die seit Jahrzehnten zu den wirtschaftspolitischen Schmerzkindern gehörten. Dr. Tacke un- tersucht dieses Entwicklungsgebiet dahin, inwieweit mit einer Verbesse- rung der Agrarstruktur eine gesunde Industrialisierung in sinnvoller Weise verbunden werden kann, und inwieweit ein Arbeitskräfteüber- schuß in der Landwirtschaft bei einer Ansetzung von Industriebetrie- ben zur Verfügung steht, der der Industrie zugeführt werden könnte. Die Untersuchungen solcher struktureller, wirtschaftlicher und so- zialer Notstände in den in der ökonomischen Entwicklung zurück- gebliebenen Gebieten gehört zu den Voraussetzungen einer regionalen Wirtschaftsplanung, die sich die Behebung der Notstände zum Ziel gesetzt hat. Diesen Anforderungen entspricht die vorliegende Arbeit. Sie würde aber noch eindrucksvoller sein, wenn die besonders eigen- artigen agrar- und religionssoziologischen Verhältnisse in der Eifel scharf herausgearbeitet worden wären, wobei dann eine der wich- tigsten Voraussetzungen für die Hebung der Lage in den zurück- gebliebenen Gebieten, nämlich die Förderung des Wissens, deutlich hervorgetreten wäre. Auch hätte es den Wert der Arbeit gehoben, wenn der Verfasser die Lebenshaltung und Lebensgestaltung der Wochenpendler näher geschildert hätte.

W. M. Frhr. v. B i s s i n g - Berlin